Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Marckwald, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Berhge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobsstraße 49, Fernsprecher 1587. Redaktion: Gr. Münzstraße 8. Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfg., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pfg. — Insertionsgebühr die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Nr. 7839

Nr. 190. **Magdeburg, Sonnabend, den 16. August 1902.** **13. Jahrgang.**

Die Kunstdepesche des Kaisers.

Von dem Telegrammwechsel zwischen dem Kaiser und dem Prinzregenten von Bayern über die Ablehnung der 100 000 Mark für Kunstzpecke seitens des Centrums in der bayerischen Abgeordnetenkammer wird vom „Reichs-Anzeiger" weder im amtlichen noch im nichtamtlichen Teile Notiz genommen. Im amtlichen Teile konnte man auch nichts darüber erwarten, da es sich formell um eine private Kundgebung des Kaisers handelt. Aber daß auch im nichtamtlichen Teile die Depeschen nicht reproduziert werden, beruht wieder auf den Eigentümlichkeiten des „Reichs-Anzeiger"-Redakteurs. Die „Nordd. Allg. Ztg." bringt wenigstens die beiden Depeschen, wenn sie sich auch ängstlich hütet, ein Wort dazu zu sagen.

Daß die gesamte Oeffentlichkeit die Depesche für etwas durchaus Politisches, das in den modernen Geist der Politik und in den Stil des Plötzlichkeitskurses durchaus hineinpaßt, hält, geht daraus zur Genüge hervor, daß alle Blätter die Angelegenheit an hervorragender Stelle im Leitartikel behandeln

Die „Kölnische Volkszeitung", das bedeutendste Centrumsblatt, meint, daß der Gegenstand, um den es sich gehandelt habe, zu geringfügig sei. „Das Oberhaupt des deutschen Reiches sollte unseres Erachtens wegen einer solchen Bagatelle nicht eine so feierliche Kundgebung erlassen. Zur Not hätte ja auch Prinzregent Luitpold die 100 000 Mark selbst aufwenden können, wenn er es für absolut nötig hielt. Arm sind die Wittelsbacher ja nicht. Im vorliegenden Falle hatte bekanntlich inzwischen schon ein Mitglied der Reichsratskammer die 100 000 Mark gespendet. Politisch wird, wie wir fürchten, die kaiserliche Kundgebung in Bayern ungünstig wirken. Der Abstrich der 100 000 Mark beruht auf einem Beschlusse, welchen die Mehrheit der bayerischen Kammer innerhalb ihrer Kompetenz gefaßt hat. Das kaiserliche Telegramm stellt eine Censurierung dieses Beschlusses dar, welche in Bayern zweifellos als eine Einmischung in bayerische Landesangelegenheiten empfunden werden wird. Und nicht mit Unrecht."

Ueber die Stimmung in München nach der Veröffentlichung des Kaiser-Telegramms wird dem „Lokal-Anzeiger" berichtet: „Die Nachricht von dem Depeschenwechsel zwischen dem Kaiser und dem Regenten wurde in der Nacht durch Extrablätter bekannt gegeben. In den Restaurants herrschte große Erregung; vielfach wurde behauptet, der Inhalt des Kaiser-Telegramms müsse den Regenten verletzen. Von den Morgenblättern stimmen die „Allgemeine Zeitung" und die „Münchener Neuesten Nachrichten" der Kaiser-Depesche bei. Letztere geben jedoch ihrer Besorgnis darüber Ausdruck, daß der Kaiser sich in den Kampf der politischen Parteien stellt, und befürchten starken Widerspruch der partikularistischen Presse. Das klerikale „Münchener Tageblatt" bringt einen Artikel, worin es den Kaiser für schlecht informiert erklärt und betont, daß die Depesche ein „nachhaltiges Festigungsmittel für alle treu und loyal gesinnten Bayern", d. h. für die ultramontanen, sein werde. Die Zurückhaltung in der Antwort des Regenten wird vom gleichen Blatte besonders hervorgehoben." Ihren Bedenken geben die „M. N. N." in folgenden Sätzen Ausdruck: „Es werden sich auch denen, welche der Erregung, aus der heraus der Kaiser die Bitte an den Regenten richtete, von Herzen zustimmen, gewisse Bedenken dem kaiserlichen Telegramm gegenüber aufdrängen, in dem Kaiser Wilhelm 2. an einem Beschlusse der Kammermajorität eines Bundesstaates so scharfe Kritik übt, welche seine Person wieder mitten in den Kampf der politischen Parteien zieht." Der „Bayerische Kurier", das Organ der bayerischen Centrumsfraktion, wendet sich mit einem scharfen Artikel gegen die Einmischung des Kaisers in bayerische Angelegenheiten. „Noch ist das Haus Wittelsbach innerhalb der bayerischen Grenzpfähle Souverän, noch ist es Herr im eigenen Hause." Das Blatt hofft, daß die Abgeordnetenkammer das Telegramm des Kaisers zurückweisen werde.

In auffallend scharfer Form nimmt das berannte Organ der rheinisch-westfälischen Industrie-Könige, die „Rhein.-Westfälische Zeitung", Stellung gegen das Kaiser-Telegramm. Es schreibt u. a.: „So sehr wir die Haltung des bayerischen Centrums in Kulturfragen mißbilligen, so muß ebenso gegen das scharfe kaiserliche Vorgehen Verwahrung erfolgen. Es wäre stark fraglich, ob das kaiserliche Vorgehen zweckmäßig sein würde, auch wenn dem Kaiser irgend welche Befugnisse in innere bayerische Angelegenheiten zuständen. Diese stehen ihm aber eben nicht zu, was man ja im Interesse der Reichseinheit bedauern mag. Der bayerische Landtag hat ein unzweifelhaft ihm von der Verfassung verbürgtes Recht ausgeübt. . . . Man denke sich nur, um das Ungewöhnliche des kaiserlichen Schrittes zu begreifen, die Thatsache verallgemeinert: Der preußische Landtag lehnt die Kanalvorlage ab oder verweigert die Ausgaben für ein neues Museum, worauf dann die Könige von Bayern und Württemberg öffentlich in Depeschen an den König von Preußen ihre schärfste Mißbilligung des preußischen Landtages zu erkennen geben. Zweifellos würde man sich in Preußen diese bayerischen und schwäbischen Angriffe entschieden verbitten. Dazu kommt nun noch die ungewöhnlich scharfe Form. Man kann das bayerische Centrum wegen seiner Haltung als kulturfeindlich bezeichnen, aber es ist nicht recht ersichtlich, was diese Sache mit „schnöder Undankbarkeit gegen das Haus Wittelsbach" zu thun hat. Es scheint uns bedenklich, die Frage aufzurollen, ob die Monarchen dem Volke, oder das Volk den Monarchen mehr Dank schuldet."

Unser Nürnberger Parteiorgan, die „Fränkische Tagespost", bringt das Telegramm in Verbindung mit dem Zolltarif, das Centrum müsse schon mit Rücksicht auf die immer näher rückenden allgemeinen Wahlen die verstaubte Fahne der Opposition wieder etwas in frischer Luft flattern lassen, es könne sich dem Grafen Bülow, wie so schön geplant war, nicht bedingungslos zur Verfügung stellen. „Die Depesche des Kaisers hat die Situation im Reiche nicht bloß grell beleuchtet, sondern auch wesentlich geändert, sie hat für den Grafen Bülow die Schwierigkeiten in der inneren Politik des Reiches nicht vermindert, sie hat die Aussichten für die Annahme der Zolltarifvorlage erheblich verschlechtert. Wer hätte gedacht, daß die Abstriche am bayerischen Kunstbudget auch nur im entferntesten auf das Schicksal der Zolltarifvorlage einwirken könnten!!"

Die „Münchener Post" bezeichnet die Ablehnung der 100 000 Mark als einen „Bockstreich des Centrums, für den es die verdiente Verachtung eingeheimst hat und dessen rauhe Folgen es noch verspüren wird. Allein dieser Abstrich vollzog sich innerhalb des bayerisch-parlamentarischen Gebietes, in dem der deutsche Kaiser auch nicht das geringste Bethätigungsrecht genießt . . . War schon das reichsrätliche Geschenk insofern ein Novum, als es dem Regenten einen Betrag zur Verfügung stellt, der im Staatshaushalte von der Kammermehrheit gestrichen wurde, das kaiserliche Eingreifen ist noch viel eigenartiger, weil es eine Einmischung in die politischen Geschäfte eines Landes bedeutet, in dem Wilhelm 2. nichts zu gebieten hat. Eines freilich geht mit angenehmer Sicherheit aus dem Depeschenwechsel hervor: Der Kaiser hat viel Geld. Er betrachtet es als seine Pflicht, das Geld herzugeben, zu Zwecken, die den regierenden Herrn eine Herzenssache sind. Dem Kaiser selbst ist aber z. B. die herrliche Flotte eine Herzenssache, die herrliche Flotte, deren Lasten ein ausgebeutetes und mit Steuern überlastetes Volk so schwer trägt. Wie wäre es, wenn die Ratgeber dem Kaiser rieten, sein Geld in Zukunft so anzuwenden, daß die Steuerzahler vor neuen Forderungen bewahrt blieben?"

Der „Vorwärts" meint in seiner heutigen Nummer: „Wäre die centrumsfeindliche Stimmung des kaiserlichen Telegramms nicht das Erzeugnis des eiligen Augenblicks und plötzlichen Unmuts, könnte solche Stimmung sich zu fester und entschlossener Regierungsmaxime in Deutschland verdichten — so würden wir ein Ereignis von größter politischer Tragweite erleben. Aber bald wird auch die empörte Verstimmung von neuen Stimmungen fortgeschwemmt sein und das Centrum und die herrschenden Mächte sind inniger denn je zum Bunde der Weltverdunkelung vereint."

Ganz recht! Und darum wollen wir uns in unserer konsequenten und prinzipiellen Gegnerschaft nicht auf die plötzliche Bundesgenossenschaft des Kaisers verlassen. Wir werden nach wie vor mit derselben Entschlossenheit das volks- und aufklärungsfeindliche Centrum und die volks- und freiheitsfeindlichen Wirkungen des heutigen Zickzack-Kurses bekämpfen. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 15. August 1902.

Der Wucherpolitiker Forderungen erster Lesung.

Eine sehr lehrreiche Tabelle, die uns die Gemeingefährlichkeit der Wucherpolitik mit greller Deutlichkeit vor das Auge stellt, veröffentlicht die „Sächsische Arbeiterzeitung". Sie zeigt die Erhöhungen, die an den hohen Lebensmittelzöllen des Posadowskyschen Hungertarifs die agrarischen und industriellen Ueberzöllner in holdem Bunde vorgenommen haben. Die Positionen, die die Zolltarif-Kommission in der ersten Lesung erhöht hat, sind diese

	Jetziger Vertragszoll	Satz der Regierungsvorlage	Beschluß der Kommission
Roggen	3,50 M.	6,— M.	**7,— M.**
Weizen	3,50 „	6,50 „	**7,50 „**
Gerste	2,— „	4,— „	**9,— „**
Buchweizen	2,— „	6,— „	**7,— „**
Getreidemehl	7,50 „	13,50 „	**18,75 „**
Reis	4,— „	16,— „	**18,75 „**
Graupen und Grütze	7,30 „	16,— „	**18,75 „**
Stärke	frei!	16,— „	**18,— „**
Nudeln	frei!	20,— „	**25,— „**
Margarine	frei!	30,— „	**80,— „**
Kartoffeln, frisch	frei!	frei!	**2,50 „**
Gemüse	frei!	frei!	**2,— „**
Obst, verpackt	frei!	6,— M.	**10,— „**
Erdbeeren	frei!	15,— „	**20,— „**
Schweinefleisch	frei!	30,— „	**45,— „**
Schweinefleisch, einfach zubereitet	15—17 M.	35,— „	**60,— „**
Schweinespeck	frei!	frei!	**36,— „**
Würste	17,— M.	45,— M.	**70,— „**
Wild	frei!	45,— „	**70,— „**

Bei ganzen fünf Positionen dieser Gruppe hat die Mehrheit der Wucherpolitiker die Sätze der Regierung für ausreichend erachtet — sie stellen freilich schon außerordentliche Erhöhungen gegen die jetzigen Zölle dar. Es sind das die Positionen:

	Jetziger Vertragszoll.	Satz der Regierungsvorlage.
Schmalz	10,— Mk.	12,50 Mk.
Butter	16,— „	30,— „
Käse	20,— „	20,— „
Eier	2,— „	6,— „
Rapsöl, Rüböl, Leinöl	frei	12,— „

Unsere Tabelle umfaßt die wichtigsten Nahrungsmittel. Und es sind die Speisen, die, mit wenigen Ausnahmen, auch der Aermste nicht entbehren kann. Auf alle sollen neue, hohe Auflagen gelegt werden — die bedeutenden Erhöhungen, die die Regierung vorschlug, genügten der Wuchermehrheit noch nicht, und Nahrungsmittel, die der Posadowskysche Entwurf frei ließ, hat sie mit hohem Zoll belegt, selbst Schweinespeck, Gemüse und Kartoffeln sollen nicht verzehrt werden, ohne daß den Junkern Tribut entrichtet wird!

Solche Raffgier auf Kosten der Armen und Aermsten sucht ihresgleichen. Diesen Raubzug, den die Junker auf die Taschen des arbeitenden Volkes planen, imponiert fast durch seine Ungeheuerlichkeit. Die Tabelle zeigt dem deutschen Arbeiter die ganze Schwere des Hungerzolls, den die herrschende Klasse ihm auferlegen will. An ihm liegt es, daß es ihr nicht gelinge! —

Der Druckfehlerteufel als Agrarier.

Der 13. Verbandstag des Centralverbandes deutscher Bäcker-Innungen „Germania" in Köln hat zum Zolltarif in bemerkenswerter Weise Stellung genommen. Mit Ausnahme eines sächsischen Bäckermeisters wandten sich sämtliche Redner in entschiedenster Weise gegen jede Erhöhung der Getreidezölle. Der Vorsitzende Bernard, konservativer Reichstagskandidat für Berlin 1 im Jahre 1898, unterstützte die antiagrarische Haltung des Verbandstages noch durch die Mitteilung, daß er sich im Wirtschaftlichen Ausschuß namens der deutschen Bäcker gegen jede Zollerhöhung erklärt habe. In Konsequenz dieser Stimmung wurde eine Resolution Schöfer-München gegen die Getreidezollerhöhungen mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Die „Deutsche Tageszeitung", die programmmäßig, wie alle agrarischen Organe, in Mittelstandsfreundlichkeit macht, sieht sich genötigt, über den Verbandstag ziemlich ausführlich zu berichten, so peinlich ihr auch die Sache ist. Der Bericht scheint leidlich wahrheitsgetreu zu sein, wenn auch natürlich die Rede des einzigen Zollfreundes in größerer Ausführlichkeit wiedergegeben wird, als die von sieben Zollgegnern zusammen. Diesen Trost kann man ihr schließlich gönnen.

So weit wäre alles in Ordnung — bis auf eine einzige Kleinigkeit. Der Bericht des führenden agrarischen Blattes schließt nämlich mit dem Satz: „Die Resolution Schöfer wurde mit großer Mehrheit abgelehnt."

Ein peinlicher Druckfehler! Wir können uns vorstellen, wie der Chefredakteur, als er dieser Tage aus den Ferien zurückkehrte, den Ressortredakteur angehaucht hat, als er entdeckte, in eine wie unangenehme Lage ihn seine Nachlässigkeit beim Korrekturlesen gebracht hat. Auf den böswilligen Leser mußte das ja beinahe den Eindruck einer Fälschung machen.

Und es war doch nur ein Druckfehler!

Eine Druckfehlerberichtigung ist freilich nicht erfolgt. —

Der Zehneinhalbstundentag in Frankreich.

ac. Die Unternehmer benutzen den Ministerwechsel, um das Gesetz Millerand-Colliard möglichst zu durchlöchern. So verlangt die Handelskammer von Troyes Modifikationen des Gesetzes besonders nach der Richtung hin, daß mehr Ausnahmen für Saisongeschäfte und für Betriebe unter freiem Himmel zugelassen werden. Auch die Fabrikanten von Verneuil wenden sich in einer Petition an die Regierung gegen das Gesetz.

Bekanntlich verlangt dieses Gesetz, daß in Fabriken, wo neben erwachsenen Männern auch Frauen oder jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren beschäftigt sind, die Arbeitszeit nicht länger als 10½ Stunden betragen darf. Ein großer Teil der Arbeiter hat die Petition der Fabrikanten, die nach dem üblichen Muster wie „Schädigung der nationalen Industrie" und dergl. gegründet ist, mit unterzeichnet. Der Korrespondent der „Petite Republique" fügt hinzu, ein Teil der Arbeiter habe dies aus Furcht vor Entlassung, ein anderer Teil aber auch aus Unkenntnis gethan. Es sei notwendig, daß die französische Arbeiterschaft mehr wie bisher über die zu ihren Gunsten geschaffene soziale Gesetzgebung aufgeklärt würde.

Dieser Umstand, nämlich die Unaufgeklärtheit über die mancherlei Gesetze und Verordnungen, welche in Frankreich in den letzten Jahren zu Gunsten der Arbeiter erlassen sind, dürfte auch, wenigstens zum Teil, Erklärung sein für das ablehnende Verhalten der französischen Arbeiter gegenüber den oben bezeichneten Gesetzen. Andererseits aber lesen wir im „Voix du Peuple", Organ der französischen Gewerkschaften, daß eine Anzahl Arbeiter-Organisationen ebenfalls in eine Bewegung zum Zwecke der Abänderung des Gesetzes Millerand-Colliard eingetreten sind. Dieselben erkennen die guten Absichten und die bereits erzielten Wirkungen des Gesetzes an, verlangen aber eine Ausdehnung auf die gesamte Industrie. —

Zu dem Attentat auf den Fürsten Obolenski

wird der offiziösen Münchener „Allgem. Ztg." noch von einem Kenner der russischen Verhältnisse geschrieben:

Jedenfalls wußte der Fürst selbst, was ihm drohte; er fuhr nur noch im geschlossenen Wagen, rechts und links von bewaffneten Kosaken eskortiert. Der Grund aber, weshalb die Revolutionäre ihm den Tod angedroht hatten, ist **lediglich in den körperlichen Züchtigungen zu suchen**, die im Gouvernement Charkow nicht nur auf seine Anordnung, sondern in vielen Fällen auch **unter seiner speciellen Leitung in rücksichtslosester Weise en masse vollzogen wurden.** Andere hohe Beamte, die zu dem gleichen Mittel der „Volkserziehung" gegriffen, und es nicht nur Ungebildeten, sondern auch Gebildeten gegenüber in Anwendung gebracht haben, stehen ohne Zweifel ebenfalls auf der schwarzen Liste, und der Versuch, das Todesurteil zu vollstrecken, wird früher oder später sicherlich gemacht werden. Es liegen vor uns revolutionäre Proklamationen, die während der Bauernrevolten in Rußland massenweise verbreitet wurden, und in denen vor allem auf die **Schmach der körperlichen Züchtigung** und die Roheit der an so vielen Personen vollstreckten Prozedur hingewiesen wird. Die Aufrufe sind unterzeichnet von verschiedenen Organisationen, von denen die meisten mit vollem Bedacht und mit aller Entschiedenheit grundsätzlich gegen den Terrorismus im Kampfe mit der Regierung sich ausgesprochen haben; allein **gegen die Züchtigung fordern sie alle einmütig das schärfste, rücksichtsloseste Vorgehen,** ihnen gegenüber soll jedes Mittel statthaft sein. Von unterrichteter Seite hört man, daß diese Proklamationen auf die Arbeiter- und Bauernmassen eine außerordentliche Wirkung ausüben. Sicher ist, daß die durch die körperlichen Züchtigungen im Volke hervorgerufene Erbitterung dem Terrorismus die Wege ebnet, und **die Entrüstung über die blutige terroristische Kampfesweise auch in solchen Kreisen schwinden läßt, die ihr anfangs auf das entschiedenste widerstrebten.**

Wir empfehlen dieses Urteil eines offiziösen deutschen Blattes über die haarsträubenden russischen Zustände allen deutschen Reaktionären, unter denen sich viele Freunde der Prügelstrafe befinden, zur Beachtung, insbesondere den mit blutrünstiger Obolenskischer Phantasie ausgestatteten Redakteuren der Magdeburger „Neueste Nachrichten". —

Deutschland.

Berlin, 15. August. Das Reichsamt des Innern hat sich, wie die „Zeitschrift für Versicherungswesen" hört, entschlossen, die einheitliche Regelung der Besteuerung der privaten Versicherungs-Unternehmungen in Angriff zu nehmen. Vor kurzem sind die Bundesregierungen über diese neu aufgenommenen Arbeiten unterrichtet und veranlaßt worden, die hierbei in Betracht kommenden Verhältnisse zu prüfen und über dieselben zu berichten. —

— An den allgemeinen Bedingungen für die Vermietung von Lagerplätzen der Eisenbahnen sind einige Aenderungen vorgenommen worden. Danach ist der Mieter auf Verlangen der Eisenbahnverwaltung verpflichtet, bei der Dienststelle, von welcher die Sendungen abgefertigt werden, unter den jeweilig geltenden Bedingungen Frachtstundung zu nehmen. Ferner beginnt der Lauf der Ladefrist, soweit nicht besondere Ausnahmen zugelassen werden, mit dem Zeitpunkte der vollendeten Zustellung der Wagen zur Be- oder Entladung am Lagerplatze. —

— **Die Zukunft des Zolltarifs** wird gegenwärtig im Hinblick auf den Schluß der ersten Lesung mehrfach erörtert. Die Unterkommission der Zolltarifkommission hat, wie die „Natl. Korr." mitteilt, die Aufgabe, sich über diejenigen Positionen zu verständigen, die aus der Beratung in zweiter Lesung ohne Gefährdung irgend welcher gewichtiger in Frage stehender Interessen ausgeschieden werden können. Wenn es gelingt, eine solche Verständigung herbeizuführen, so werde die zweite Lesung der Kommission, wie man in den Kreisen der letzteren hofft, sich auf die Zeit von zwei Monaten abkürzen lassen. Aber damit ist der Zolltarif natürlich kaum gefördert. Die Plenarberatung wird, wie die „Handelsvertragskorrespondenz" sehr richtig schreibt, dem Zolltarif den Garaus machen. Schon seine Länge würde ihn töten. Denn was von 28 Abgeordneten in 102 Sitzungen erledigt wurde, das kann von 397 Abgeordneten kaum in der doppelten Zeit durchberaten werden. Die ungeheure Wichtigkeit der Materie läßt eine flüchtige Behandlung in der zweiten Lesung des Plenums gar nicht zu.

Aber selbst von diesem unüberwindlichen Hindernis abgesehen sind die Aussichten des Zolltarifs so trostlos, wie nur möglich. Nicht nur wegen seiner grundsätzlichen Gegner, sondern wegen seiner grundsätzlichen Freunde. Zwischen der Mehrheit und der Regierung klafft eine Kluft, die heute nicht mehr zu überbrücken ist. Die Regierung hat sich durch das oft wiederholte „Unannehmbar!", das sie den Zollexzessen der Mehrheit entgegenstellte, jede Möglichkeit abgeschnitten, den Beschlüssen über die Getreidezölle, die Viehzölle usw. beizutreten. Die Mehrheit hat sich ihrerseits so sehr auf den Standpunkt festgerannt, daß mit weniger, als sie angenommen habe, der Landwirtschaft nicht zu helfen sei, daß sie nicht mehr zurück kann, ohne sich von dem Agrariertum des Verrats bezichtigen zu lassen. Regierung und Zollmehrheit können nicht mehr zusammenkommen, ohne daß sich die eine oder die andere einer unerträglichen politischen Diskreditierung aussetzt.

Die Hochschutzzöllner haben in der ersten Lesung nicht über die Zollgegner, sondern über die Regierung gesiegt. An diesem Siege müssen sie scheitern. Die Handelsvertragsfreunde können zufrieden sein. Ob ihre Gegner sich durch Niederlagen oder durch zu große Siege ruinieren, macht ihnen nichts aus. Die Hauptsache ist für sie, daß die Zollfrage die Wahlplattform abgiebt. Und das scheint gesichert. —

— **Wer hat den meisten Profit von den Zollerhöhungen?** Diese oft erörterte Frage wird neuerdings wieder recht deutlich beantwortet durch eine statistische Zusammenstellung, die das „Deutsche Adelsblatt" über den Grundbesitz giebt, der sich in der Provinz Pommern gegenwärtig in adeligen Händen befindet. Dieser Grundbesitz besteht in Hinterpommern aus 751 adeligen Gütern, die nicht weniger als 616 499 Hektar = 112 Quadratmeilen umfassen, in Vorpommern aus 435 adeligen Gütern mit 236 646 Hektar = 43 Quadratmeilen. Zusammen umfaßt also der in adeligen Händen befindliche Besitz in der Provinz Pommern 1186 adelige Güter mit 853 145 Hektar = 155 Quadratmeilen. Da die Provinz Pommern überhaupt cirka 500 Quadratmeilen umfaßt, befindet sich beinahe ein Drittel im Besitz des Junkertums." — Und diese Vernichter und Feinde des kleinen Bauernstandes wagen noch davon zu reden, daß sie durch die Zollerhöhungen das kleine Bauerntum schützen wollen! Elende Heuchelei ist solches Gebahren! —

— **Die nächsten Reichstagswahlen und die Frauen.** Der Vorstand des Deutschen Vereins für Frauenstimmrecht hat einigen Blättern mitgeteilt, daß er ein Rundschreiben an seine Mitglieder erlassen habe, in dem er diese darauf aufmerksam macht, daß die Neuwahlen zum deutschen Reichstag nahe bevorstehen. Der Vorstand fordert darin die Mitglieder auf, sich mit dem bisherigen Abgeordneten in Verbindung zu setzen und ihn zu befragen, ob er wieder kandidieren und ob er sich bindend verpflichten wolle, für die Forderung der Frauenbewegung oder für einen Teil davon einzutreten. Auch bei Landtagswahlen, städtischen Wahlen 2c. sollen die Mitglieder Gelegenheit nehmen, dem politischen Einfluß der Frau Boden zu gewinnen. —

— **Ueber Bennigsen und Liebknecht** schreibt die „Magdeb. Ztg.": „Es ist gewiß anzuerkennen, daß wie die Presse der meisten Parteien, so auch die sozialistischen Organe den Tod Bennigsens im großen und ganzen in würdiger und ruhiger Weise besprochen haben. Das wäre aber eine merkwürdige Blume, aus der die sozialistischen Bienen nicht Honig zu saugen verstünden, und so sehen wir denn die „Sächs. Arbeiterztg." an der Arbeit, den großen Patrioten und Parteiführer für ihre Zwecke auszubeuten, indem sie ihn mit dem sozialdemokratischen Toten, dessen Todestag letzthin von der sozialdemokratischen Presse gefeiert wurde, Wilhelm Liebknecht, vergleicht." — Warum schweift unsere Magdeburger Kollegin in die Ferne? Diesen Vergleich hätte sie schon vor einer Woche in unserem Blatte finden können, und zwar haben auch wir nicht versäumt, den „Honig" aus dieser „merkwürdigen Blume" zu saugen.

Großbritannien.

Ein Sieg der Trades Unions. — Englische Eisenbahnen im Jahre 1901.

ac. Der vielbesprochene Prozeß, den die walisischen Kohlengrubenbesitzer gegen den Verband der Bergleute angestrengt haben, ist in erster Instanz zu Gunsten der Arbeiter

Kleines Feuilleton.

= **Lenaus „Postillon".** Das liebliche allbekannte Lied des Dichters, dessen 100. Geburtstag am 13. d. M. gefeiert wurde, ist, wie die „Post" mitteilt, in der Nähe des Städtchens Hechingen in einer Mainacht zu Anfang der dreißiger Jahre entstanden. In jener Nacht fuhr Lenau mit Dr. Fraas aus Balingen, dem Vater des Stuttgarter Professors Fraas, von Stuttgart über Tübingen und Hechingen nach Balingen. Damals besorgte die Thurn und Taxissche Post den Reiseverkehr auf der alten Post- und Heerstraße. In Hechingen wurden die Pferde gewechselt und ein neuer Postillon bestieg den Bock. Als man etwa eine Stunde von Hechingen entfernt war, ließ der Postillon die Pferde langsamer laufen und schließlich Schritt gehen. Die beiden Fahrgäste fragten ihn, warum er Schritt führe. Da sagte er in schwäbischer Mundart etwa folgendes: „Sehet Se, der Ort, an dem mer do vorbeifahret, des ischt Steinhofa, da hat mer vorige Woch' mein Kam'rada vergraba; 's ischt a guater Kerle gwea; jetzt muß i ihm sei Leiblied blosa, des hat er äüaweil am liebschta g'hört und selber blosa." Und er setzte das Posthorn an und blies in die schöne Mainacht das Leiblied seines Kameraden. Unter dem Eindrucke der Melodie und des Berichtes dazu kamen Lenau und sein Reisegefährte in Balingen an. Und dort in der „alten Post" setzte sich Lenau sogleich an den Schreibtisch und schrieb den Entwurf des Gedichtes nieder. Goethe sagte einmal: „Jedes gute Gedicht ist ein Gelegenheitsgedicht." Auf Lenaus Gedicht trifft das in der That zu. —

= **Lenau in Heidelberg.** Am 100. Geburtstage Lenaus wurde an dem Hause Nr. 146 der Hauptstraße in Heidelberg, in dem der Dichter vom November 1831 bis März 1832 wohnte, um seine in Wien begonnenen medizinischen Studien zu Ende zu führen, eine Gedenktafel angebracht. In diesem Hause, dem ehemaligen „König von Portugal", bewohnte Lenau, wie wir dem „Heidelberger Tageblatt" entnehmen, ein finsteres Hofzimmer. Zahlreiche Gedichte sind die Frucht von Lenaus Heidelberger Aufenthalt. So vor allen die „Schilflieder", die „Winternacht", die „Wurmlinger Kapelle" und das oft gesungene Lied „Unsere Gläser klingen hell", zu dem der Dichter in einem Kreise von Studenten angeregt wurde. —

= **Grundsteinlegung eines Lenau-Denkmals.** Wie aus Pest, 13. August, telegraphisch gemeldet wird, fand dort unter Beteiligung der deutschen und ungarischen Bewohner des Ortes Csatad nebst Umgebung und in Anwesenheit des Staatssekretärs Gulner als Vertreter der Regierung sowie zahlreicher Abgeordneter und Deputationen der Akademie der Wissenschaften und verschiedener litterarischer Gesellschaften des Landes die Grundsteinlegung eines Denkmals für Nikolaus Lenau statt. In der Festsitzung der Gemeinde dankte der Ortsnotar der Regierung für die moralische und materielle Unterstützung, welche sie den patriotischen Bewohnern des Ortes trotz Verdächtigungen habe angedeihen lassen. Staatssekretär Gulner antwortete, er sehe mit Freuden, daß begeisterte wahre Männer und wirkliche Patrioten ihren großen Sohn feiern, der immer an der vaterländischen Scholle gehangen habe. Die Festrede hielt der Schriftsteller Franz Herczeg. Redner hob den kulturellen Einfluß der deutschen Nation auf die ungarische hervor und betonte, die ungarische Nation betrachte den deutschen Klassiker Lenau, den sie der deutschen Nation geschenkt habe, mit Stolz und wünsche, daß das Andenken an Lenau der Regenbogen der Eintracht für die idealen Bestrebungen der beiden Stämme werden möge. Die schwäbische Kolonie, der Lenau entstammte, sei verschwunden, es gebe keine Kolonien mehr in Ungarn; dieselben hätten sich ein ewiges Recht auf den ungarischen Namen errungen. Als Symbol hierfür solle sich das Denkmal Lenaus erheben auf ungarischem Boden, von einem ungarischen Künstler geschaffen. Der Richter an der königlichen Tafel von Stein hielt hierauf eine deutsche Ansprache. Alsdann wurde der Grundstein zu dem Denkmal Lenaus gelegt, worauf die Versammlung vor das Geburtshaus des Dichters zog, wo die dort angebrachte Gedenktafel bekränzt wurde. Hieran schloß sich ein Festdiner, dem ein Volksfest folgte. —

= **Eine stimmungsvolle Richard Wagner-Feier** vereinigte, nach dem „Berliner Tageblatt", am Sonntag morgen, den 10. August, gegen 11½ Uhr Sodens Bürger und die Kurgäste vor dem freundlichen Hause in der Hauptstraße Nummer 28. Nach einem Liedervortrage des Männergesangvereins hielt Herr Dr. med. Hughes eine knappe, warmherzige Ansprache und enthüllte die Gedenktafel mit den Erinnerungsworten:

„In diesem Hause verbrachte Richard Wagner nach elfjähriger Verbannung aus dem Vaterlande die erste Nacht auf deutschem Boden 12. bis 13. August 1860."

Der Dresdner Hofkapellmeister hatte im Maiaufstande 1849 auf den Barrikaden gestanden und mußte fliehen. Im Sommer 1860 kehrte er von Zürich aus der Verbannung zurück und eilte geraden Weges nach Soden am Taunus, wo seine Frau, die ehemalige Schauspielerin Minna Planer zur Kur weilte. Als der jugendliche Dirigent der Kurkapelle, Herr Pöpperl, von der Ankunft Richard Wagners hörte, beschloß er, dem damals noch wenig bekannten Musikdramatiker ein Ständchen zu bringen. Wie uns der liebenswürdige alte Herr erzählte, hatte er am Morgen des 13. August gegen 8½ Uhr seine Kapelle vor dem Hause Nr. 28 in der Hauptstraße antreten lassen, wo der Meister übernachtet hatte. Aber Richard Wagner war schon ausgegangen und streifte in den Kuranlagen herum. Man wartete und wartete; ein kleiner Bube hatte die Instrumente zu überwachen. Endlich kehrte der Langersehnte unbemerkt heim. Ein paar Augenblicke blieb er vor dem Baß stehen und fingerte nachdenklich über die Saiten. „Weg da, Du verstehst ja doch nichts davon!" rief ihm der Knirps zu; doch Wagner erwiderte gut gelaunt: „Ich bin aber auch etwas Musikante!" — Herr Pöpperl ließ dann die Ouverture zum „Tannhäuser" und „Lohengrin" spielen, und freudig überrascht dankte ihm der begnadigte Hofkapellmeister mit Thränen in den Augen: „Das ist die erste Begrüßung auf heimatlich-deutschem Boden!" Bei der Enthüllungsfeier fiel es unangenehm auf, daß die Kurkapelle durch Abwesenheit glänzte. Der Sodener Gemeinderat soll sich in staatsbürgerlichem Interesse verpflichtet gehalten haben, der Kurkapelle die Mitwirkung nicht zu gestatten. —

= **Ein Protest Tolstois.** Tolstoi hat an den Minister des Innern und an den der Justiz ein Schreiben gerichtet, in welchem er gegen die Verfolgung seiner Schüler und Anhänger protestiert. Er sei für seine Lehre und deren Konsequenzen allein verantwortlich. „Ich bin der allein Schuldige," schreibt er, „denn ich schreibe die Bücher zu dem Zwecke, meine Ideen, die man für so gefährlich für den Staat hält, zu verbreiten. Wenn es die Regierung für so gefährlich hält, alles mit Gewalt zu unterdrücken, was ihren Anschauungen nicht entspricht, so muß sie den Urheber des Uebels treffen, d. h. also mich allein, um so mehr, als ich niemals aufhören werde, das zu thun, was der Regierung so unangenehm erscheint, denn das verlangt von mir meine Pflicht gegen Gott und gegen mein Gewissen." —

= **Hermann Allmers' Grabdenkmal.** Hermann Allmers hat lange vor seinem Ende den Wunsch ausgesprochen, daß nach seinem Tode ein erratischer Felsblock, gefunden am Weserstrande, seine letzte Ruhestätte decken möge, der die Inschrift enthalten soll, daß hier „der Letzte seines Stammes" ruhe. Ein solcher Felsblock ist jetzt gefunden worden in einem wohl einige hundert Centner schweren Natursteine, der seiner Zeit aus dem Geestemünder Fischereihafenbecken herausgehoben und am Geestenufer als Eigentum der Hafenbauverwaltung und als eine Art von Sehenswürdigkeit niedergelegt wurde. Unter künstlerischem Beistand soll möglichst bald die Auswahl des besten Standortes des Steines vor dem Grabgewölbe erfolgen, worauf mit der Mauerung der Fundamente begonnen werden wird. Der Weserblock selbst wird von dem Freunde des Entschlafenen, dem Berliner Bildhauer Harro Magnussen, mit einem Broncerelief des Dichters und einer entsprechenden Broncetafel mit Inschrift mit liebevoller Sorgfalt aufs würdigste geschmückt werden. —

Kleine Mitteilungen. Im Tivolitheater in Stade fand am Montag die Uraufführung von „Ihr Florian", Schwank in 4 Akten von Hans Haupt und Ernst Immisch statt. Das Stück, in welchem der auch in Magdeburg bestens bekannte Küsthardt in komischer Charakterrolle großen Beifall erntete, hatte einen starken Lacherfolg. — Gerhart Hauptmann arbeitet gegenwärtig am vierten Akt des „Armen Heinrich" (nach Hartmann von der Aue), der nächsten Winter im Deutschen Theater in Berlin zuerst über die Bretter gehen soll. Auch einen Roman hat der Dichter unter der Feder. — Lola Beeth, die schöne Frau und weniger hervorragende Sängerin, ist gesonnen, sich von der Bühne zurückzuziehen. Ihr letztes Engagement in Hamburg hat sie wenig befriedigt. Nun hat sie sich im Grunewalder Villenquartier eine prachtvolle Villa erbauen lassen und will die im Dollarlande ihrer Schönheit resp. ihrer Kunst reichlich gespendeten Schätze in Muße verzehren. — Der Kaufpreis von Klingers „Beethoven" beträgt 250 000 Mark. Die Stadt Leipzig wird aus Stiftungsmitteln einen größeren Betrag zusteuern. Die Restdeckung erfolgt durch Zeichnungen. — In Paris ist seit einigen Wochen von der Gründung eines lyrischen Theaters unter dem Namen „Volksoper" die Rede. Es wird berichtet, daß man sich mit dem Finanzminister und dem Pariser Gemeinderat ins Einvernehmen gesetzt habe und daß beide sich im Prinzip geneigt gezeigt haben, ein solches Unternehmen durch eine Subvention zu unterstützen. — Die neun öffentlichen Lesesäle der Pestalozzi-Gesellschaft in der Stadt Zürich wurden der „Neuen Zürcher Zeitung" zufolge im Jahre 1901 von 252 862 Personen frequentiert. — Sarah Bernhardt kokettiert mit dem Tode. Sie behauptet lebensmüde zu sein, sucht die Einsamkeit, verfällt in Apathie und in hysterische Ausbrüche, wobei sie jammert: „Ich bin alt und verbraucht. o käme der Tod, um mir alle Bitternisse des Greisentums zu sparen." Aerzte bewachen die 58jährige Komödiantin unausgesetzt, damit sie sich kein Leid anthue. Unnötige Furcht! —

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 190. Magdeburg, Sonnabend, den 16. August 1902. 13. Jahrgang.

Gewerkschaftsbewegung.

Streiks, Lohndifferenzen und Aussperrungen.

Glasarbeiter. In Stralau wurde auf der „Stralauer Glasfabrik" am 8. d. M. eine Lohnreduktion von 5 Prozent angekündigt, welche vom 22. August an in Kraft treten soll. In einer Versammlung, die am Sonntag stattfand, wurde der Lohnkommission der Auftrag gegeben, weitere Verhandlungen mit der Direktion einzuleiten, um die Reduktion, wenn irgend möglich, rückgängig zu machen. —

Töpfer. In Leipzig wurde am 16. Juli mit der Innung ein auf zwei Jahre geltender Tarif abgeschlossen. Jetzt haben die Töpfergehilfen die Entdeckung gemacht, daß der Innungsmeister, welcher den Vorsitz im Tarifausschuß führt, im Verein mit vier anderen Unternehmern einen besonderen Tarif mit einigen Mitgliedern der in Leipzig bestehenden Sonderorganisation der Töpfer abgeschlossen hat. Dieser Tarif, der in manchen Punkten für die Arbeiter ungünstiger ist, wie der Innungstarif, ist so hergestellt, daß er äußerlich dem letzteren vollkommen ähnlich sieht. Der Vorsitzende des Tarifausschusses, der zugleich Kassierer der Innung und Leiter des Arbeitsnachweises der Innung ist, hat den falschen Tarif — wie behauptet wird — anstatt des echten Tarifes abgegeben. Als eine Fälschung kennzeichnet sich das Machwerk auch dadurch, daß es die Unterschrift eines Innungsmeisters enthält, der behauptet, seine Unterschrift nicht dazu hergegeben zu haben. Die Herstellung und Verbreitung des falschen Tarifes wird vom Obermeister der Leipziger Töpferinnung ebenso verurteilt, wie von den Arbeitern. Die letzteren fassen die geschilderte Manipulation als Urkundenfälschung auf und wollen Anzeige bei derStaatsanwaltschaft erstatten. —

Dachdecker. In Berlin ist jetzt die Lohnbewegung der Dachdecker so gut wie beendet. In der Versammlung am Mittwoch konnte von der Lohnkommission die Mitteilung gemacht werden, daß auch die Hauptfirma des Berufes Neumeyer (Roedel) die Forderungen der Gesellen in den wesentlichsten Teilen anerkannt hat. —

Lederarbeiter. In Haynau befinden sich in der Glaceelederfärberei von Kippermann u. Co. 14 Lederzurichter im Ausstande, weil ihnen die Accordlöhne keinen ausreichenden Verdienst ermöglichten. Verhandlungen hatten keinen Erfolg. Neuerdings hat die Firma 25 von ihr beschäftigte Handschuhmacher entlassen, weil angeblich für diese infolge des Zurichterstreiks kein Material vorhanden ist. Die Handschuhmacher behaupten jedoch, sie hätten noch Arbeit für zwei Wochen. —

Städtische Arbeiter. In Berlin haben gegen 3000 städtische Arbeiter gestern abend eine Versammlung abgehalten und eine Resolution angenommen, in welcher sie gegen die Verfügung der Direktion der Gaswerke protestieren, nach welcher Arbeiter, welche länger als 4 Wochen krank sind, entlassen werden sollen. Die Arbeiter wollen bei der zuständigen Deputation um Zurückziehung dieser Verfügung vorstellig werden und sich eventuell an Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung wenden. —

Gemeinsamer Streik von Fuhrherren und Kutschern. Im Hamburg beschloß am Donnerstag eine zweitausend Köpfe starke Versammlung der Droschkenkutscher und Besitzern von Fuhrwerken den sofortigen Ausstand, da die Polizeibehörde ihre Wünsche bei der Ausarbeitung der neuen Droschken-Fahrordnung ablehnte. —

6. Verbandstag des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

T.-K. Offenbach a. M., 14. August.

Vormittags-Sitzung.

Auch in der heute fortgesetzten Diskussion über Punkt 3 der Tagesordnung: „Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung" konnten neue Momente nicht mehr ins Feld geführt werden. Gegner und Freunde derselben versuchen nach Möglichkeit, ihren Standpunkt als den allein richtigen darzustellen. Erwähnenswert erscheint, daß über Krankenunterstützung so gut wie gar nicht gesprochen wurde.

Schreiner-Ludwigshafen empfahl in dieser Hinsicht, über die Frage der Krankenunterstützung zur Tagesordnung überzugehen.

Lang-Frankfurt ist Gegner aus Prinzip, weil er die Regelung der Arbeitslosenunterstützung für eine Sache des Staates hält.

Bergmann-Barmbeck ist der Ansicht, daß eine dürftigere Begründung der Notwendigkeit der Arbeitslosen-Unterstützung gar nicht hätte gegeben werden können, als sie der Vorstand zu seinem Antrag thatsächlich gegeben hat.

Ein genügend unterstützter Antrag verlangt über die Entscheidung der zur Verhandlung stehenden Frage namentliche Abstimmung. Der Vorsitzende konstatiert, daß bisher 32 Redner gesprochen haben, während zu diesem Punkte 66 Delegierte eingetragen sind. Ein Antrag auf Schluß der Debatte findet nicht einmal die nötige Unterstützung, um zur Beratung zu kommen.

Im weiteren Laufe der Debatte gehen ebenso wie schon bisher immer noch neue Anträge und Resolutionen ein, die meist auf ein Hinausschieben der Entscheidung über die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung abzielen.

Wörner-Cannstatt ersucht den Verbandstag, selbst die Frage zu entscheiden und nicht erst eine Urabstimmung herbeizuführen.

Ein nach 11 Uhr einlaufender Schlußantrag wird gegen eine starke Minorität abgelehnt.

Wiesenhüter-Ottensen polemisiert gegen einzelne Diskussionsredner, die für die Einführung gesprochen, ist prinzipiell gegen dieselbe und wünscht mindestens die Herbeiführung einer Urabstimmung.

Kurz vor 12 Uhr wird ein Schlußantrag angenommen, dem sodann noch eine Flut von Bemerkungen mehr oder weniger persönlicher Natur folgt. Vor der Mittagspause wird das Schlußwort nicht gegeben, da die sehr verwickelte Abstimmung längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

Schluß 12 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

In seinem Schlußworte weist Brey zunächst die Angriffe zurück, welche eine gewisse Armut an Gründen in der Begründung gefunden haben. Der Vorstand hatte lediglich auf Beschluß zweier Verbandstage dieStatistik über Arbeitslosigkeit in die Wege zu leiten, seine grundsätzliche Stellung in dieser Frage brauchte nicht mehr betont zu werden. Schon zwei Verbandstage haben erklärt: wir warten nicht so lange, bis es dem Vater Staat gefallen sollte, die Arbeitslosenfrage zu regeln bezw. die Unterstützung in die Wege zu leiten. Bis das geschieht, wird noch mancher Tropfen den Main hinabfließen! Wir hatten im Vorstande lediglich das uns vorliegende Material zu bearbeiten und weiter nichts. Vor allen Dingen mußten wir den Anschein vermeiden, als wollten wir gewissermaßen die Durchpeitschung der Unterstützung bezwecken. In dieser Hinsicht haben wir Vorkommnisse in anderen Gewerkschaften beobachten können, die durchaus nicht zur Nachahmung reizen. Ist unser Material nicht beweiskräftig genug, so tragen daran jene Zahlstellen die Schuld, welche uns nichts einsandten. Der Vorstand konnte nur das Material bearbeiten, das ihm eingeschickt wurde. Bezüglich der Landarbeiter sei es freilich richtig, daß dort die Arbeitslosigkeit in großen Perioden des Jahres vorhanden ist. Aber das könne kein durchschlagender Grund gegen die Einführung der Unterstützung sein. Der Vorstand würde nicht gerne die Aufgabe übernehmen, im Falle der Urabstimmung den Mitgliedern die Annahme der Arbeitslosen-Unterstützung mundgerecht zu machen.

Der Verbandstag tritt in die verzwickte Abstimmung des ganzen Materials ein. Es wird mit 51 gegen 14 Stimmen beschlossen, daß über die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung eine Urabstimmung vorzunehmen sei. Diese hat sich auf Kranken-Unterstützung nicht zu erstrecken und wird mit einfacher Majorität entschieden. Die Urabstimmung ist vom Verbandsvorstande im November d. J. vorzunehmen. Im Falle der voraussichtlichen Annahme der Arbeitslosen-Unterstützung hat die Beitragserhöhung am 1. April 1903 und der Beginn der Auszahlung der Unterstützung am 1. Oktober 1904 stattzufinden, d. h. also nach 1½jähriger Karenzzeit. Auf Antrag Wandsbeck sind für diesen Unterstützungszweig von männlichen Mitgliedern 10 Pfg., von weiblichen 5 Pfg. wöchentlich zu erheben. Die Unterstützung gelangt von der zweiten Woche der Arbeitslosigkeit an gerechnet für höchstens 42 Tage in 52 aufeinanderfolgenden Wochen zur Auszahlung und beträgt bei einer Mitgliedschaft

	für männliche Mitglieder		für weibliche Mitglieder	
von	pro Tag	pro Woche	pro Tag	pro Woche
78 Wochen	Mk. 1,—	Mk. 6,—	Mk. —,50	Mk. 3,—
104 „	„ 1,10	„ 6,60	„ —,55	„ 3,30
176 „	„ 1,20	„ 7,20	„ —,60	„ 3,60
208 „	„ 1,30	„ 7,80	„ —,65	„ 3,90

Die Gesamtsumme der in 52 aufeinander folgenden Wochen zu gewährenden Unterstützung darf jedoch für die erste Gruppe 42,00 bis 54,60 Mark und für die zweite 22,00 bis 27,30 Mark nicht übersteigen. Weitere Unterstützung giebt es im Falle des Ausgesteuertseins erst nach einer Karenzzeit von 52 Wochen. Eine wegen Arbeitsmangels in einem Betrieb erfolgte Einschränkung der Arbeitszeit oder ein teilweises Aussetzen der Arbeit gilt nicht als Arbeitslosigkeit.

Die vorstehenden Sätze gelten auch für die Reise-Unterstützung.

Damit sind alle weiteren Anträge und Resolutionen, sowie die beschlossene namentliche Abstimmung gegenstandslos geworden. Der Magdeburger Antrag betr. Kranken-Unterstützung wird abgelehnt und damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Nunmehr erstattet die Neuner-Kommission über ihre Thätigkeit Bericht. Sie schlägt die Anstellung von vier besoldeten Gauvorständen vor, die vom Vorstande geschehen soll. Die über diese Vorschläge eröffnete Debatte dauert bei Schluß des Berichtes (nach ½7 Uhr abends) noch fort. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 15. August 1902.

Die Ablehnung der Volksbibliotheken.

Endlich hat die Stadtverordneten-Versammlung den tiefsten Grad erreicht, der zu erlangen überhaupt möglich war; sie ist auf das Niveau der — — „Sachsenschau" gesunken. Dieses im urwüchsigen Pücklerstile verfaßte Antisemitenblatt brachte in seiner letzten Nummer einen Artikel gegen die geplante Errichtung zweier Volksbibliotheken; wir beachteten die drolligen Aeußerungen dieser Zeitung nicht und — siehe da! — dieses Organ der äußersten Reaktion behielt recht.

RechterHand, linker Hand, alles vertauscht! Der HerrOberbürgermeister, der intellektuelle Urheber der Wahlrechtsverschlechterung, der Verweigerer derStadtkapelle für ein „sozialdemokratisches" Lokal, das Mitglied des Herrenhauses, trat wacker zusammen mit unserem Genossen Gärtner in die Schranken, um die bescheidene Forderung durchzudrücken, welche der Magistrat gestellt hatte. Für die in der Wilhelmstadt und der Sudenburg geplanten beiden Volksbibliotheken und Lesehallen waren im ganzen 13 000 Mark gefordert: 10 000 Mark für die Beschaffung von Büchern und 3000 Mark für die Unterhaltung der Büchereien!

Hier galt es den breiten Massen der Bürgerschaft, die nicht in der Lage sind, sich kostspielige Bücher zu kaufen, die Gelegenheit zu verschaffen, sich durch bildende Lektüre von Werken der Poesie und von populär-wissenschaftlichen Büchern geistige Zerstreuung zu schaffen, und hier hat wieder die Stadtverordneten-Versammlung versagt, indem sie die Magistratsvorlage mit großer Mehrheit ablehnte.

Herr Schulrat Franke hatte in einem ausführlichen und sachlichen Vortrage, dessen Inhalt im wesentlichen auch von jedem Sozialdemokraten unterschrieben werden kann, die hohe Bedeutung der Volksbildung für die Sittlichkeit nachgewiesen; er hatte an der Hand der Zahlen festgestellt, welcher Bildungsdrang im Volke, namentlich in der Arbeiterklasse vorhanden ist, wie sehr die sogenannten „ungebildeten" und die — — gebildeten Proletarier der Volksbibliotheken bedürfen! Doch vergeblich!

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Der Präsident.

Roman von Karl Emil Franzos.

(22. Fortsetzung.)

„Hat er Sie mit diesem Auftrage zu mir gesendet?" fragte Viktorine.

„Nein! Ich will auch im geringsten wahr bleiben: ich selbst rang es ihm ab, Sie vorher auf sein Kommen vorbereiten zu dürfen. Ich wollte ihm und Ihnen die Aufregungen eines so traurigen Kampfes ersparen. Ahnt er doch nicht einmal, wie Sie über ihn denken!"

„Er ahnt es nicht?" rief sie. „Er hält alles für ausgeglichen, wenn er die Gefallene, die Verunglückte mit seinem Besuche beglückt! Oh! und dieser Mann sollte edel und feinfühlig sein?"

„Sie thun ihm auch darin Unrecht!" beteuerte der Anwalt. „Und darin am meisten! Daß er, der sonst in den Seelen der Menschen lesen konnte wie in einem Buche, an dies Nächste, Natürlichste gar nicht denkt, beweist am besten, wie sehr ihn sein Jammer verwirrt und verwüstet! Nur eins will er: zu Ihnen kommen, Sie aufrichten, sich an Ihnen aufrichten!"

„Ich will ihn nicht sehen, Sie müssen es verhindern!"

„Ich kann es nicht, ich habe es vergeblich versucht. Er wird kommen; es hängt seine Vernunft, vielleicht sein Leben davon ab, wie Sie ihn empfangen!"

„Beladen Sie mich nicht mit solcher Verantwortung!" schluchzte sie verzweifelt auf. „Ich kann ihm nicht vergeben! Aber ich will niemands Tod, ich will nicht, daß er sterbe. Sagen Sie ihm, was Sie wollen, auch daß ich ihm vergeben, aber halten Sie ihn ab! Ich beschwöre Sie!"

Sie wollte sich zu seinen Füßen stürzen, er hielt sie zurück. „Lassen Sie das!" murmelte er. „Ich dränge nicht länger in Sie! — Wie Gott will!"

Wenige Minuten später war er wieder bei Sendlingen. „Sie weiß nun alles," berichtete er, „nur nicht Deinen Stand und Namen. Deinen Besuch wünscht sie nicht — sie — fürchtet die Aufregung . . ."

Er stockte und blickte den Freund bange an; er fürchtete abermals einen jähen Ausbruch der Verzweiflung.

Aber es kam anders. Wohl zuckte der Präsident schmerzlich zusammenn, dann aber richtete er sich hoch auf. „Du verbirgst mir die Wahrheit," sagte er. „Sie will den Verführer ihrer Mutter nicht sehen. Ich dachte früher nicht daran — von Deinen bestürzten Mienen las ich es doch sofort ab. — Das ist schlimm, sehr schlimm — hindern kann es mich dennoch nicht. Was der Fremde vergeblich versucht, wird dem Vater gelingen. Mir sagt's mein Herz. —"

Er ließ sich Hut und Stock reichen und schritt, auf Bergers Arm gestützt, die Treppe hinab. Auf der Straße machte er sich frei; die Energie der Seele gab dem Körper neue Kraft. Festen Schrittes ging er auf das Kerkerthor zu und seine Stimme zitterte kaum merklich, als er dem Aufseher den Befehl gab, die Zelle der Viktorine Lippert zu öffnen.

Dieser gehorchte. Die Gefangene blickte kaum auf, als sie den Riegel wieder einmal klirren hörte. Der Aufseher hielt sich für verpflichtet, sie aufmerksam zu machen, welch' wichtiger Besuch nahe. „Unser Präsident, Baron Sendlingen!" raunte er ihr halblaut zu. „Inspektion der Zellen! Stehen Sie auf!" Er trat respektvoll zurück, den Präsidenten einzulassen und schloß die Thür hinter ihm.

Die beiden blieben allein. Viktorine hatte sich erhoben, wie ihr befohlen war; nur einmal streifte ihr Blick flüchtig und gleichgültig den hohen Herrn, dann blieb sie gesenkten Hauptes stehen. Aehnliche Inspektionen hatten schon früher wiederholt stattgefunden; der betreffende Beamte hatte kurz gefragt, ob die Gefangene keinen Wunsch, keine Beschwerde habe. Diese Frage erwartete sie auch nun, um sie ebenso kurz zu verneinen; sie wünsche nichts mehr.

Aber er schwieg, und als sie befremdet aufblickte — „Barmherziger Gott!" schrie sie auf, taumelte auf ihren Sitz zurück und schlug die zitternden Hände vors Antlitz.

Sie wußte, wer dieser Mann sei, sofort, auf den ersten Blick. Warum sie ihn so blitzschnell erkannt, konnte sie sich auch später, da sie darüber grübelte, nicht erklären. Es war ein Halbdunkel in der Zelle, sie hatte seine Züge und ihren Ausdruck kaum recht gesehen. Vielleicht verriet es ihr nur seine Haltung. Mit gesenktem Haupte, die Hände schlaff herabhängend, stand er da wie ein Schuldiger vor seinem Richter.

Bei ihrem Ausruf blickte er empor und trat näher. „Viktorine!" murmelte er, sie verstand es nicht, so leise klang der Name aus der gepreßten Kehle. „Mein Kind!" schrie er dann auf und stürzte auf sie zu.

Sie schnellte empor, streckte die Hände wie zur Abwehr vor sich hin und schaute ihn aus weitgeöffneten Augen an. Und wieder wußte sie nicht, was sie so plötzlich ins Herz hinein traf und rührte. War es, weil ihr sein Antlitz bekannt vorkam, rätselhaft bekannt vorkam, als hätte sie es gesehen, seit sie denken konnte? — So war es ja auch! Denn was sie, ihr selbst unbewußt, überwältigte, war ja die Aehnlichkeit mit dem eigenen Antlitz! Oder ergriff sie der stille Jammer in diesen Zügen, der flehentliche Blick der Augen? — Sie fühlte, wie der wilde Groll, an den sie sich verzweifelt geklammert, dieses einzige Gefühl, welches sie sich nicht hatte rauben lassen wollen, jählings dahinschmolz.

„Ich kann nicht!" stammelte sie noch, aber im gleichen Atemzuge hob sie die Arme. „Vater!" schrie sie auf und stürzte an sein Herz.

Er riß sie an sich und bedeckte ihr Haupt, ihr Antlitz, mit Küssen und Thränen. Dann zog er sie auf sein Knie und bettete ihr Haupt an seine Brust. So saßen sie und sprachen beide kein Wort, nur ihre Thränen rannen.

Herrn Schulrat Frankes Auffassung unterscheidet sich nur insofern von der unsrigen, als er politische Zeitungen und Zeitschriften von den Volksbibliotheken im Gegensatz zum Beispiel von den Büchersammlungen und Lesehallen der Stadt Berlin fernhalten will. Es ist das eine etwas kleinliche Konzession an die Angstmeier des Spießbürgertums; indes wären schon ohne politische Zeitschriften Volksbibliotheken für uns ein Ziel aufs innigste zu wünschen!

Was für klassische Gründe führten aber die Gegner der Vorlage an? Zwei Sorten von Verlegern wollte man vor dem tragischen Geschick der Begründung von Volksbibliotheken beschützen: Die Bücher- und die Bierverleger! — Herr Baensch fürchtete, daß die Buchhändler ihre Ware nicht mehr los werden würden, wenn dem Publikum die Litteratur kostenlos zur Verfügung gestellt würde. Und Herr Jaensch beklagte mitleidig die armen Schankwirte, denen — entsetzlich! — das arbeitende Volk abspenstig gemacht werden würde, wenn die Lesehallen den Massen andere Genüsse eröffnen würden, als das Trinken alkoholhaltiger Getränke. Danach scheint der Schnaps das Ideal des Herrn Jaensch zu sein. Er spricht der Kneipe eine — wörtlich! — „sittigende" Wirkung zu. Demnach muß Herr Jaensch sehr viel in Wirtshäuser gehen, da seine „Sittigkeit" sich z. B. bei dem Handel mit Grundstücken schon oft glänzend bewährt hat. Selbst der so gemäßigt freisinnige Stadtverordnete Niemann 2 konnte nicht umhin, zu konstatieren, daß der Säufer — nach der Meinung des Herrn Jaensch — offenbar der beste Staatsbürger ist.

Es war — wie Genosse Gärtner erklärte — eine Art „Schwanengesang", welchen Herr Jaensch gestern anstimmte, da dieser Anhänger des Alkoholismus ja zum Stadtrat gewählt worden ist und somit aus der Stadtverordneten-Versammlung ausscheidet. Nun, Ende gut, alles gut! Unserer Agitation zu den Stadtverordneten-Wahlen hat Herr Jaensch einen unschätzbaren Dienst erwiesen, indem er dieser Magistratsvorlage zur Ablehnung verhalf. Eine Schmach ist es für Magdeburg, daß eine vom Magistrat auf das sorgfältigste begründete Kulturaufgabe an der Engherzigkeit der Auserwählten des Dreiklassenwahlrechts scheitern muß.

Der Oberbürgermeister drohte, die Ablehnung würde in weiten Kreisen, auch außerhalb Magdeburgs, „mißverstanden" werden. O nein, richtig verstanden wird diese Ablehnung werden und unsere Partei wird nichts unterlassen, um diese empörende Blamage der Magdeburger Stadtverordneten-Mehrheit so weit als möglich bekannt zu machen.

Ein Entrüstungs-Telegramm wird vielleicht nicht ausbleiben; vielleicht werden von den 100 000 Mark, auf welche der Prinzregent von Bayern zu verzichten in der Lage war, der Stadt Magdeburg die nötigen 13 000 Mark zur Verfügung gestellt. Jeder Verständige wird „mit tiefster Entrüstung" von der Ablehnung der Summe lesen, zumal die schnöde Undankbarkeit, welche der Magistrat seitens der Vertreter der besitzenden Klassen wahrlich nicht verdiente, im Herzen aller Edeldenkenden die größte Empörung hervorrufen muß. —

— **Eine Verwechselung zwischen Magistrat und Polizei** ist in verschiedenen unserer Parteiblätter vorgekommen. Der von uns gebrandmarkte Bescheid des hiesigen Magistrats, nach welchem die Veranstalter des letzten Wohlthätigkeits-Konzertes im „Luisenpark" Lustbarkeitssteuer zu zahlen hatten, wird in einigen uns befreundeten Blättern der Polizei zugeschrieben. Der Irrtum dürfte dadurch entstanden sein, daß in den meisten Städten die Polizeiverwaltung in den Händen des Magistrats liegt, während wir hier bekanntlich eine königliche Polizei haben. —

— **Die Arbeitgeber für die Sonntagsruhe** Der Handwerkermeister- und Gewerbe-Verein Magdeburg-Buckau hielt am Mittwoch in Ullrichs Restaurant seine August-Versammlung ab. Ueber die Frage: Wie denken die Mitglieder über die Umfrage des Magistrats an die Inhaber offener Geschäfte betr. Verlängerung der Ruhezeit der Angestellten an Sonn- und Festtagen? gingen die Meinungen auseinander. Im großen und ganzen war man einer Einschränkung der Beschäftigungszeit um etwa 1 Stunde nicht entgegen. — Verständige Arbeitgeber können sich der Notwendigkeit einer solchen Neuerung natürlich nicht entziehen, da sie sonst — ganz abgesehen von der Rücksicht auf ihre Angestellten — selbst ihrer Familie am Sonntag entzogen werden. —

— **Sonntagsruhe im Barbiergewerbe.** Für den Stadtkreis Magdeburg ist durch die Bekanntmachung vom 20. März 1901 angeordnet, daß die Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Geschäfte an Sonn- und Festtagen von 2 Uhr nachmittags ab für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein müssen, ebenso, wie nach § 41a daselbst in offenen Verkaufsstellen von 2 Uhr nachmittags ab ein Gewerbebetrieb nicht mehr stattfinden darf. Die Frage war nun die, ob nach 2 Uhr nachmittags der Arbeitgeber allein die im Laden zu dieser Zeit anwesenden Kunden nach Entlassung des Personals noch bedienen dürfe oder nicht, ob er also um 2 Uhr nicht nur den Laden schließen müsse, sondern auch die unbedienten Kunden hinauszuweisen habe. In einem Specialfalle hat das hiesige Landgericht als Berufungsinstanz kürzlich entschieden, daß der 2 Uhr-Ladenschluß dahin zu verstehen sei, daß das Geschäft um 2 Uhr geschlossen werden muß, so daß später kommenden Kunden der Eintritt unmöglich ist. Die Bekanntmachung könne aber nicht soweit ausdehnend ausgelegt werden, daß der Geschäftsinhaber auch die beim Geschäftsschluß im Geschäft schon anwesenden Kunden nicht mehr bedienen dürfe. —

— **Vom Innungsfriedhof.** Bei den hiesigen Korbmachermeistern ist ein Cirkular behufs Auflösung der Zwangs-Innung im Umlauf. Bis jetzt haben 15 von 20 in Betracht kommenden Meistern unterschrieben; damit ist die Zweidrittel-Majorität gesichert. —

— **Biersteuer.** An Steuer für Bier wurden hier im April 15 983,48 Mark vereinnahmt. Es entfallen davon auf Bier, welches mit 65 Pf. pro Hektoliter zu versteuern ist, 24 284,46 Hektoliter mit einem Betrage von 15 784,90 Mark. 1985,80 Hektoliter Bier wurden mit 10 Pf. pro Hektoliter besteuert; also 198,58 Mark besteuert. Insgesamt gelangten 26 270,26 Hektoliter Bier zur Besteuerung. — Diese hohe Steuer wird hauptsächlich von der Arbeiterklasse bezahlt, dafür aber auch bei der Bemessung des Wahlrechts nicht mitgerechnet. —

— **Guericke-Denkmal.** Die „Magdeb. Ztg." teilt mit, daß die Beiträge zur Errichtung eines Denkmals für den ehemaligen Bürgermeister von Magdeburg und Erfinder der Luftpumpe Otto von Guericke in sehr erfreulicher Weise eingegangen sind, wenn auch die vorhandene Summe für das Denkmal noch nicht ausreicht. In den nächsten Tagen wird der Denkmalsausschuß, an dessen Spitze der Oberbürgermeister steht, zusammentreten, um näheres über die Denkmalsfrage zu beraten. Die Grundsteinlegung ist bereits für den 20. November 1902, dem 300. Geburtstage des großen Gelehrten, in Aussicht genommen. Die Platzfrage ist noch nicht endgültig entschieden. —

— **Die hiesigen Fernsprechteilnehmer** sind von jetzt ab zum Sprechverkehr mit den Teilnehmern in Neustadt a. d Orla zugelassen. Am 14. August werden in Breitenrode und Grafhorst und am 17. d. M. in Gehrendorf mit den Telegraphenbetriebsstellen daselbst öffentliche Fernsprechstellen eröffnet werden. —

— **Kostspielige Instrumente.** Vor kurzem ging eine Notiz durch die Blätter, wonach der Violin-Virtuose August Wilhelmj in London eine alte italienische Geige aus der Werkstatt des Joseph Guarnerius, Cremona, zu dem Preise von 40 000 Mark erstanden hat. Jetzt ist im Schaufenster der Heinrichshofenschen Musikalien-Handlung auch ein von demselben Geigenbauer, der 1685 bis 1742 lebte, stammendes Instrument ausgestellt. Der Preis beträgt 18 000 Mark.

— **Von Krämpfen befallen** wurde der Arbeiter Johannes Jacob aus Sudenburg gestern abend in Buckau in der Schönebeckerstraße. Er wurde durch die Sanitätswache Buckau, welche herbeigeholt war, in die Krankenanstalt Leipzigerstraße eingeliefert. —

— **Ein Knabe beim Radeln verunglückt.** Der Knabe Bruno Hoffmann aus Buckau hat sich an einem Fahrrad den Zeigefinger der rechten Hand gequetscht, so daß das erste Glied entfernt werden mußte. Der Junge fand in der Krankenanstalt Sudenburg Aufnahme. —

— **„Heil Kaiser Dir!"** überschreiben die hiesigen „Neuesten Nachrichten" einen Artikel, der sich mit dem Entrüstungs-Telegramm an den Prinzregenten von Bayern beschäftigt. —

— **Die Magdeburger Messe** wird am 20. September ihren Anfang nehmen.

Gemeinde-Zeitung.

Aus dem Stadtverordneten-Sitzungssaale

Magdeburg, den 14. August 1902.

Der Vorsitzende, Herr Fritze, eröffnete die Sitzung um 4¼ Uhr. Der Vorsitzende widmet vor Eintritt der Tagesordnung dem verstorbenen Stadtverordneten Köhler einen Nachruf, welcher über ein Vierteljahrhundert der Stadt angehörte. Die Versammlung ehrt den Verstorbenen in der üblichen Weise.

Der Vorsitzende teilt sodann mit, daß die Wiederwahl der Herren Stadtrat und Stadtältester Voigtel, Stadträte Serno, Sombart und Neuschaefer, sowie die Neuwahl der Herren Stadtverordneten Jaensch und Drenckmann zu unbesoldeten Stadträten die Bestätigung der Regierung gefunden hat. Es folgen mehrere

Geldbewilligungen.

1500 Mark werden zur Freilegung der Umfassungsmauern der Krankenanstalt Sudenburg gefordert und auf Antrag des Berichterstatters Stadtv. Schatz bewilligt.

550 Mark werden zur Herstellung feuersicherer Zugänge zu den Wohnungen im Dachgeschoß des Schulgebäudes Thiemstr. 5 gefordert und auf Antrag des Berichterstatters Stadtv. Schatz bewilligt.

Die für den Bau eines Thonrohres in der Alten Neustadt bewilligten 9900 Mark sind um 942 Mark 8 Pfg. überschritten worden. Berichterstatter Stadtv. Ungnade beantragt die Bewilligung, welche erfolgt.

Die für die Pflasterung der Coquistraße in ihrer ganzen Länge bewilligten 47 350 Mark sind um 2177 Mark 68 Pfg. überschritten worden. Berichterstatter Stadtv. Niemann 2 beantragt die Nachbewilligung, welche erfolgt.

774,50 Mark werden für den Umzug der Maschinenbauschule von der Augustastraße 23 nach dem Schulgebäude Grünearmstraße 14 gefordert und auf Antrag des Berichterstatters Stadtv. Joerning bewilligt.

1264 Mark werden zur Instandsetzung und Neubeschaffung von Turngeräten, Reparatur- 2c. Arbeiten an Turnhallen und Neubeschaffung von Inventarienstücken in denselben gefordert. Im Namen des Schul-Ausschusses referiert Stadtv. Professor Dr. Blath. Redner empfiehlt die Annahme, gegen welche sich kein Widerspruch erhebt.

1000 Mark werden zu den zur Beschaffung des Heizungsmaterials für die Luisenschule bereits bewilligten 1250 Mark nachgefordert. Im Namen des Schulausschusses berichtet Stadtv. Grape und empfiehlt die Bewilligung, welche erfolgt.

1192,34 Mark werden zu den für die Unterhaltung der Eisenbahnanlagen bewilligten 2300 Mark nachgefordert. Berichterstatter Stadtv. Gähme befürwortet die Vorlage, gegen welche sich kein Widerspruch erhebt. Indes wird der Magistrat um eine specialisierte Rechnung ersucht.

An Stelle des verstorbenen Stadtv. Köhler werden sodann in den Schulausschuß der Stadtv. Dupont und in den Bebauungsplanausschuß der Stadtv. Jacoby-Scherbening gewählt.

500 Mark werden als Beihilfe an den Vorstand der Kindervolksküche und des Kinderhorts hierselbst gefordert. Berichterstatter Stadtv. Bahn beantragt die Annahme, welche erfolgt.

Es folgt die Forderung der Begründung von

zwei Lesehallen und Büchereien

von denen die eine in der Wilhelmstadt, die andere in der Sudenburg errichtet werden sollte. 10 000 Mark werden zur Beschaffung von Büchern und 3000 Mark zur Unterhaltung der beiden Büchereien gefordert.

Berichterstatter Stadtv. Gärtner (Soz.) befürwortet die Annahme der Vorlage.

Stadtv. Danckworth: Ich weiß nicht, ob eine solche Ausgabe nicht verfrüht ist. Lassen Sie uns doch die Sache noch 1 bis 2 Jahre ansehen. Wir wollen die Angelegenheit nicht übereilen. Ich will die Vorlage lieber ablehnen. In der Rötgerstraße war kein großer Verkehr.

Stadtv. Gärtner (Soz.): Herr Danckworth ist vermutlich zu einer Zeit in die Lesehalle gekommen, in der der Verkehr zufällig gering war; zu anderer Zeit war er um so größer. In anderen Städten ist viel mehr für Lesehallen und Volksbibliotheken geschehen. In der Wilhelmstadt und in Sudenburg fehlen derartige Einrichtungen ganz. Es ist daher unbedingt notwendig, die Vorlage anzunehmen.

Stadtv. Haese schließt sich dem Vorredner an.

Stadtv. Jaensch: Ich weiß, daß es nicht volkstümlich ist, gegen Einrichtungen zu sprechen, welche zur Hebung der sogenannten Volksbildung dienen können. Ich bitte aber auch, die Sache nicht zu beschleunigen. Die Benutzung der bestehenden Bibliothek ist so gering, daß sich vorläufig die Errichtung einer neuen Bücherei erübrigt. Wir hören ja vom Magistrat sehr oft die Mahnung zur Sparsamkeit. Wer aber sparen will, der muß sich ein bißchen einrichten. Der Magistrat kann aber jetzt in seinem Drange, Bildung und Segen zu verbreiten, den Augenblick gar nicht abwarten, in dem es gilt, eine Neuerung zu bewilligen. Ich bin daher der Meinung, daß die Sache keineswegs so weit geklärt ist, daß wir bereits für solche Ausgaben stimmen können.

Schulrat Franke: Herr Jaensch hat uns sonst oft genug darauf hingewiesen, daß eine Ausgabe, zur rechten Zeit gemacht, finanziell nur günstig wirkt. Die Volksbildung ist aber auch ein Kapital, welches Zinsen bringt. In anderen Ländern, in England und Amerika, in denen für Volksbibliotheken und Lesehallen bereits mehr geschehen ist, wie bei uns, ist der Wirtshausbesuch wesentlich eingeschränkt. Das aber ist ein wesentliches, die Sittlichkeit hebendes Moment, durch welches Not und Elend in den Familien gelindert wird. Der Besuch der bestehenden Bücherei und Lesehalle hat erheblich zugenommen. Die Zahl der Besucher hat sich von 10 216 im Jahr 1900 auf 15 999 im Jahre 1901 erhöht. Nicht nur Arbeiter, sondern auch alle anderen Klassen der Bürgerschaft haben die Bücherei benutzt. Eine solche Volksbibliothek ist keine Wohlthätigkeitsanstalt für die armen, sondern eine Wohlfahrtsanstalt für alle Klassen der Bürgerschaft. Z. B. wird die Bücherei auch zahlreich von Kaufleuten und von Akademikern besucht. Die Zahl der Arbeiter, welche die Lesehalle benutzte, hat auch zugenommen, sie stieg nämlich von 483 auf 613. Ich glaube Sie also bitten zu müssen, den Vorschlägen der Herren Haese und Gärtner zu folgen. Die kleine Summe, welche hier in Frage kommt, können wir denn doch wohl entbehren, wenn es gilt, die Volksbildung zu heben. Ich bitte Sie dringend um Annahme.

Stadtv. Baensch: Ich habe Bedenken gegen die Vorlage und zwar vor allem, weil auch Akademiker, Künstler und Beamte dieselbe benutzen, also nicht nur arme Leute, welche keine Bücher kaufen können. Was soll denn dann aus den Sortimentsbuchhändlern werden?

Stadtrat Franke: Es ist nach den Erfahrungen anderer Städte nicht der Fall, daß die Sortimentsbuchhandlungen, welche wesentlich

---

Achtes Kapitel.

Eine halbe Stunde mochte seit dem Eintritt des Präsidenten in die Zelle der Verurteilten vergangen sein; dem Anwalt, der im Korridor wie eine Schildwache auf und nieder ging, wollte diese Frist wie eine Ewigkeit erscheinen. Auch dem Aufseher wurde die Sache auffällig. Der eifrige, aber sehr geschwätzige Mensch, den Berger seit langen Jahren kannte, trat mit vertraulichem Lächeln auf den Anwalt zu. „Da drinnen geht — also natürlich! — was besonderes vor!" meinte er und wies schmunzelnd nach der Zelle. „Was ganz besonderes!"

Berger starrte den Mann zuerst so fassungslos an, als ob ihm dieser eben gesagt hätte, daß er das Geheimnis kenne. „Was meinen Sie da?!" stieß er dann barsch hervor. „Sie haben nichts zu meinen!"

Der Aufseher blickte ihn befremdet an. „Unsereins hat eben auch — also natürlich — seine Gedanken," sagte er. „Das ist ja seit gestern ein Zulauf nach der Zelle, als ob dort eine Prinzessin säße! Der Arzt, der Pfarrer und Sie, Herr Doktor — und nun der Herr Präsident, noch dazu fast eine Stunde lang! Das kommt nicht alle Tage vor, und ich weiß auch schon, wie sich's erklärt!"

Berger zwang sich zu einem Lächeln. „Natürlich, weil Sie ein so pfiffiger Mensch sind, Höbinger! Wie erklärt sich's denn?"

„Nun, mit Ihnen kann ich schon — also natürlich! — darüber sprechen," erwiderte der Mann geschmeichelt, „obwohl Sie der Verteidiger sind und der Freund des Präsidenten. Aber Sie haben ja im Jahre achtundvierzig die großen Reden gehalten und waren immer für das Volk, Sie werden mich nicht verraten, Herr Doktor. Also natürlich! die alte Geschichte: es giebt keine Gleichheit auf der Welt! Wäre die da drinnen eine Magd und hätte ein Knecht sie verführt, kein Mensch würde sich um sie bekümmern! Aber sie ist eine gebildete Person, und was die Hauptsache ist: ihr Verführer ist ein Graf, das ändert die Sache! Verurteilen muß man sie — also natürlich! — weil es das Gesetz so verlangt, aber dann sorgt man sich um sie, und wenn sie mit einer geringeren Strafe davonkäme, mich sollt's nicht wundern!"

„Der Herr Kerkermeister meint freilich," fuhr der Aufseher fort, „daß das Unsinn ist; wenn sie Protektion hätte, sagte er, wäre der Herr von Werner anders gegen sie gewesen; der Herr Vice-Präsident, sagte er, hat für Protektion eine feine Nase; Sie Höbinger, sagt er, sind — also natürlich — ein Esel! Aber ich weiß, was ich weiß, und seit der Herr Präsident sich selbst herbemüht haben, und nicht zu einer allgemeinen Inspektion, sondern zu einem besonderen Besuch, der so lange dauert, wie man nie ähnliches erlebt hat, bin ich völlig überzeugt, und nicht ich, sondern im Gegenteil, der Herr Kerkermeister . . ."

Aber diese Respektwidrigkeit brachte der schlaue Mann doch nicht über die Lippen, sondern begnügte sich, triumphierend zu schließen: „Also natürlich! — ist es nicht so, Herr Doktor?"

Berger hielt es für das Beste, keine bestimmte Antwort zu geben. Wenn diese Plaudertasche ihren Verdacht den anderen Bediensteten mitteilte, so war dies ja schließlich doch noch die harmloseste Deutung, darum sagte er nur: „Sie denken zu viel, Höbinger! Das ist schon manchem gefährlich geworden! . . ."

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

Kleine Hände. Gast (entrüstet zum Kellner:) „Na, hören Sie einmal, die Semmeln sind aber schon verdammt klein!" Kellner (achselzuckend): „Bedaure unendlich, die Semmeln hat jedenfalls ein Lehrbub' gemacht!" —

Individueller Stoßseufzer. „Herr Fettle, es sind Drillinge." Metzgermeister: „Himmel, giebt der Storch aber Zuwag'."

Ausweg. Sie: „Eduard, unseres Jungen Bett ist zu kurz geworden, wollen wir ihm nicht ein neues kaufen?" Er: „'s sind schlechte Zeiten . . . lassen wir ihm doch lieber die Haare schneiden." —

(„Jugend".)

von den wohlhabenden Leuten leben, geschädigt werden. Nicht nur Arbeiter, auch Beamte, ja selbst höhere Beamte verfügen nicht immer über die Mittel, Bücher zu kaufen.

Stadtv. Niemann 2: Es ist unbedingt notwendig, daß die Bildung der Arbeiter gehoben wird. Ich würde sogar, wenn wir das Geld hätten, dafür sein, ein städtisches Kaffeehaus zu errichten, um dem übermäßigen Alkoholgenuß des Volkes — nicht etwa nur der Arbeiterklasse — zu steuern. Nicht wünschenswert ist es freilich, daß Bücher gehalten werden, die sich vielleicht ein Gerichtsrat einmal borgt.

Schulrat Franke: Die Bücherei soll natürlich nur unterhaltende und populärwissenschaftliche Bücher enthalten. Ihr Zweck ist unterhaltend zu belehren. Politische Zeitungen sind ausgeschlossen.

Stadtv. Haese: Ich würde es für richtig halten, wenn auch politische Zeitungen und Zeitschriften aller Parteien ohne Unterschied in der Lesehalle zu finden wäre. Die Kommune hat auch Kulturaufgaben zu erfüllen.

Oberbürgermeister Schneider bittet dringend um Annahme der Vorlage. Nicht nur Arbeiter, sondern auch Handwerker und Geschäftsleute kommen hier in Betracht. Wer abends ein Buch liest, thut besser wie derjenige, der des Abends in ein Wirtshaus geht und dort so und so viel Glas Bier trinkt. Ich sehe keinen Grund, warum diese nützliche Einrichtung nicht getroffen werden soll. Die Sortimentsbuchhändler werden Vorteil von der städtischen Bücherei haben, denn sie werden für diese Bücher liefern und dafür prompt bezahlt bekommen.

Stadtv. Gärtner (Soz.): Daß Herr Jaensch gegen die Vorlage sprechen würde, stand von vornherein fest. Es war das ja eine Art Schwanengesang von ihm, dem wir vergnügt lauschten. Wir haben zwar die Wahl des Herrn Jaensch zum Stadtrat bekämpft, freuen uns aber, daß er nunmehr aufhört, unser Amtsgenosse zu sein. — Lesehallen und Volksbibliotheken wirken auch dahin, die schädlichen Indianergeschichten, welche die Jugend liest, und die sogenannten Hintertreppenromane durch gute und nützliche Bücher zu verdrängen.

Stadtv. Jaensch: Ich bin dem Herrn Vorredner für sein Wohlwollen außerordentlich dankbar; ich habe ja im Laufe der letzten 25 Jahre gezeigt, daß ich Belehrungen außerordentlich zugänglich bin. Ich wünsche nicht, daß der Jugend Bücher zur Verfügung gestellt werden, welche sie in der Schule nicht finden. Lehrer, Künstler und Beamte können sich an die städtische Centralbibliothek wenden. Die Fürsorge für den gemeinen Mann habe ich allerdings mit etwas gemischten Gefühlen anerkannt, aber der gemeine Mann bildet ja nur einen Teil der Besucher der Lesehalle. Ich halte es auch nicht für richtig, daß man jetzt so gegen den Wirtshausbesuch eifert. Es wäre doch sehr unrecht, wenn die Leute, welche Schankstellen haben und die oft sogar einen sittigenden Einfluß auf die Arbeiter haben, geschädigt werden. Ich fürchte, daß diese nützlichen Mitbürger durch die Lesehallen geschädigt werden. Mögen doch unsere Arbeitgeber, unsere reichen Fabrikanten aus privaten Mitteln solche Wohlfahrtseinrichtungen errichten, aber ich bin dagegen, aus dem Stadtsäckel solche Institutionen zu bezahlen. Unser Etat enthält jetzt schon in Bezug auf Ausgaben für Bildung und Kulturaufgaben so viel, daß wir bereits an der Spitze der Civilisation marschieren.

Oberbürgermeister Schneider betont, daß die Sparkasse hinreichende Ueberschüsse liefert, um die Annahme der Vorlage zu ermöglichen. Eine Ablehnung der Vorlage würde bis weit über den Bereich unserer Stadt großen Mißdeutungen ausgesetzt sein. Sollten Sie durchaus nicht für sofortige Annahme der Vorlage sein, so bitte ich Sie, den Magistrat zu ersuchen, die Summe in den nächsten Etat einzustellen.

Stadtv. Danckworth meint, die jetzige Bücherei reiche vorläufig aus. Ich bin kein prinzipieller Gegner dieser Bibliotheken, aber wozu denn diese Hast?

Stadtv. Niemann 2: Wenn Herr Jaensch recht hat, ist der Säufer der beste Staatsbürger.

Stadtv. Gärtner (Soz.) bittet um Annahme der Vorlage und nicht auf den Eventualvorschlag des Oberbürgermeisters einzugehen. Ich bitte Sie, sich nicht auf den reaktionären Standpunkt der Herren Jaensch und Danckworth zu stellen. Der Herr Oberbürgermeister hat ganz recht, die Sozialpolitiker werden sich der Sache bemächtigen.

Die Vorlage wird mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger bürgerlichen Stadtverordneten abgelehnt.

Eine Magistratsvorlage beantragt einen Fluchtlinienplan für die Uhlandstraße zwischen der Schillerstraße und Straße 23.

Stadtv. Jaensch beantragt Ablehnung.

Stadtrat Lüddeckens hält die Fluchtlinie für unbedingt notwendig, weil der Fabrikant Brandt, der dort ein Grundstück hat, sonst bauen kann wie ihm beliebt.

Oberbürgermeister Schneider: Wenn es einem Spekulanten einfällt, dort ohne Rücksicht auf den Verkehr zu bauen, dann kommen wir in die Lage, dem Betreffenden eine kolossale Entschädigung zu zahlen, wenn wir die Baufluchtlinie vorher nicht festgesetzt haben.

Stadtv. Niemann 2 beantragt die Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuß.

Oberbürgermeister Schneider meint, daß die Ablehnung der Vorlage eine große Gefahr für die Stadt enthält. Gegen Ausschußberatung habe ich natürlich nichts.

Die Vorlage wird an den Bebauungsplan-Ausschuß überwiesen.

Ueber den 48. Jahresbericht (1901) des Germanischen National-Museums referiert Stadtv. Lippert. Die Angelegenheit wird durch Kenntnisnahme erledigt.

Gefordert werden 1550 Mark zur Umänderung der Grubenaborte auf dem Grundstück Nicolaistraße 1 in Wasserspülklosetts, sowie zur Herstellung einiger kleiner baulicher Anlagen daselbst. Berichterstatter Stadtv. Müller beantragt Annahme, welche erfolgt.

20 000 Mark werden zur Kanalisierung und Pflasterung der Straße 17 des Wilhelmstädter Bebauungsplanes von der Olvenstedterstraße aus nördlich auf eine Länge von rund 95 Meter gefordert.

Stadtv. Jacoby-Scherbening beantragt, einen Versuch mit Straßenplattenpflaster zu machen. Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Auch die Sozialdemokraten stimmen dagegen.

Die Vorlage wird angenommen.

6000 Mark werden zur Pflasterung der Straße 27 von der Gutenbergstraße bis zur westlichen Grenze des Bonstedtschen Grundstückes gefordert und auf Antrag des Berichterstatters Stadtv. Schatz bewilligt.

4120 Mark werden zur Pflasterung der Straße 25 des Neustädter Bebauungsplanes vor den Eckgrundstücken an der Schifferstraße gefordert. Berichterstatter Stadtv. Ungnade beantragt die Annahme, welche erfolgt.

15 000 Mark werden zur Neupflasterung von der Südseite der Halberstädterstraße vor den Grundstücken Nr. 13 bis 15 gefordert. Berichterstatter Stadtv. Ungnade beantragt Bewilligung, gegen welche sich kein Widerspruch erhebt.

2000 Mark werden zur Herstellung eines Bürgersteiges in der Kl. Diesdorferstraße von der Annastraße bis zum Sedanring gefordert und auf Antrag des Berichterstatters Stadtv. Herrmann bewilligt.

45 000 Mark werden zur Pflasterung des Fahrdammes der Agnetenstraße gefordert. Berichterstatter Stadtv. Körner beantragt die Bewilligung, welche erfolgt. Auf Antrag Schäfer wird beschlossen, die Straßenbahngesellschaft zu veranlassen, die Gleise sobald wie möglich zu verlegen.

Stadtv. Arendt beantragt, die Straßenbahngesellschaft zu veranlassen, die Linie bis zum Vogelgesang legen zu lassen. Nachdem von einigen Rednern darauf hingewiesen ist, daß die Straßenbahn keine Verpflichtung zu dieser Verlängerung habe, wird der Antrag abgelehnt. Auch die Sozialdemokraten stimmen dagegen.

23 000 Mark werden zur Pflasterung der Brückstraße zwischen Zoll- und Langebrücke gefordert. Berichterstatter Stadtv. Niemann 2 beantragt die Bewilligung, welche erfolgt.

2800 Mark werden zur Legung eines neuen 100 Millimeter weiten Gasrohres in der Theaterstraße und Aufstellung noch einer neuen Laterne daselbst, sowie von vier dergleichen in der Weidenstraße gefordert.

Berichterstatter Stadtv. Schneider beantragt die Bewilligung, welche erfolgt.

54 000 Mark werden zur Auswechselung der Gasrohre in der Altstadt zwischen Elbe und Breiteweg, Dom und Petersstraße, und Aufstellung noch zweier Laternen in der Schuhbrücke, sowie je einer Laterne am Wallonerberg und in der Werftstraße gefordert.

Berichterstatter Stadtv. Niemann 2 beantragt die Annahme, welche erfolgt.

123 000 Mark werden zur Auswechselung der Wasserrohre in dem Teile der Altstadt zwischen Elbe und Breiteweg, Ratswageplatz und Dom gefordert und werden auf Antrag des Berichterstatters Stadtv. Schneider bewilligt.

100 000 Mark aus Anleihemitteln werden zur Legung von Gas-Hausanschlüssen und Steigeleitungen gefordert. Berichterstatter Stadtv. Schneider befürwortet die Annahme.

Vorsteher Fritze bekämpft die Vorlage. Sie enthalte ein Geschenk an die Hausbesitzer. Die Legungen der Gasanschlüsse sollten die Hausbesitzer aus eigener Tasche bezahlen. Ich beantrage also nur die Gas-Hausanschlüsse für diejenigen Hausbesitzer, welche sich verpflichten, so viel Gas zu verbrauchen bezw. zu bezahlen, daß sich die Legung der Anschlüsse während der ersten drei Jahre verzinst.

Stadtrat Klinghardt ist gerade aus finanziellen Gründen gegen die Annahme des Antrages Fritze. Die Vorlage sei kein Geschenk an die Hausbesitzer. Um den Konsum von Gas zu erhöhen und ein gutes Geschäft zu machen, sind wir für die Annahme. Es handelt sich auch nicht nur um die Hausbesitzer, sondern um die Mieter.

Stadtv. Jaensch: Die besseren Lebensverhältnisse haben die Ansprüche gesteigert. Früher kannte man das gar nicht, daß z. B. selbst bei gewöhnlichen Arbeiterwohnungen von dem Hausbesitzer Tapeten geliefert werden. So ist's mit den Gaseinrichtungen, auch in dieser Beziehung wird von Jahr zu Jahr immer mehr verlangt.

Oberbürgermeister Schneider befürwortet die Vorlage.

Vorsteher Fritze ändert die Frist in seinem Antrag von drei auf sechs Jahre.

Die Verhandlung wird vertagt.

Schluß 7 Uhr. —

Provinz und Umgegend.

Gr.-Ottersleben, 14. August. (Eine Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins) findet am Sonnabend, den 16. August, um 8 Uhr abends, im Strumpfschen Lokale statt. Genosse H. Schulz, Magdeburg, Redakteur der „Volksstimme", wird einen Vortrag über „Die Sozialdemokratie und die nächsten Reichstagswahlen" halten. Auch werden noch verschiedene andere wichtige Angelegenheiten zur Erledigung kommen. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, die Versammlung zu besuchen. —

⚭ **Gr.-Ottersleben,** 14. August. (Ueberfahren) wurde heute abend in der Osterweddingerstraße ein Junge im Alter von 10 bis 11 Jahren Namens Büchner. Der Kleine hatte sich an die Deichsel eines angekoppelten Wagens des Gutsbesitzers Dietrich gehängt, fiel herab und beide Räder des hinteren Wagens gingen über ihn hinweg. Der anscheinend Schwerverletzte wurde sofort in die elterliche Wohnung getragen, wo auch der Arzt sofort zur Stelle war.

○ **Salbke,** 14. August. (Abgestürzt) ist der Arbeiter Richard Pfannenschmidt aus Fermersleben in der Saccharin-Fabrik in Salbke aus einer Höhe von 3 Metern, wobei er Verletzungen an Kopf und Beinen und einen Bruch des linken Vorderarmes erlitt. Er wurde nach der Krankenanstalt Sudenburg überführt. —

Braunschweig, 14. August. (Ein Streikprozeß.) Wegen Bedrohung und Verrufserklärung stand am 13. August der Geschäftsleiter der hiesigen Filiale des Bauarbeiter-Verbandes, Genosse Timme, vor dem Schöffengericht Riddagshausen. Der Angeklagte bestreitet, daß er die Arbeiter bedroht habe. Der Zeuge Bär sagt aus, daß T. gegen 11 Uhr auf dem Bau erschienen sei und ihm gesagt habe, er könne ruhig weiter arbeiten, aber wenn der Streik vorbei sei, könne er auf keinem Bau wieder arbeiten. Zeuge hat dann T. gefragt, ob sie nicht wenigstens bis 12 Uhr arbeiten könnten. T. habe hierauf nichts erwidert. Um 12 Uhr habe er dann die Arbeit niedergelegt. Zeuge Rose bezeugt, daß T. gesagt habe, er dürfe nicht weiter arbeiten. Der Zeuge Zimmermeister Bauer erklärt, T. habe gesagt: „Ihr sollt und dürft nicht arbeiten, hier arbeiten Streikbrecher!" Das Urteil lautete auf 2 Monate Gefängnis. — Nachdem in der Verhandlung der Amtsrichter die Vorstrafen unseres Genossen vorgelesen hatte, glaubte er folgende Bemerkung nicht unterdrücken zu sollen: „Daß Sie da noch im Vorstande des Vereins sind — es geht mich allerdings nichts an —, ist verwunderlich." Wir sind mit dem Herrn Amtsrichter durchaus derselben Meinung, daß ihm dies nichts angeht. Wir glauben übrigens, daß die organisierte Bauarbeiterschaft Braunschweigs an dem Urteil des Herrn Amtsrichters nicht allzu schwer tragen wird. —

Erfurt, 14. August. (Accordarbeit im Baugewerbe.) Den Beschluß gegen die Accordarbeit seiner Mitglieder hat auch der hiesige Zweigverein des Central-Verbandes der Maurer nach dem Vorbilde in Hamburg aufgehoben. Bisher wurde dort jedes Mitglied, von dem Accordarbeit festgestellt wurde, auf zwei Jahre aus dem Verband ausgeschlossen. Jetzt, hauptsächlich wohl durch die Furcht vor der Arbeitslosigkeit in der Krise, haben sich aber so zahlreiche Mitglieder — sogar in Kolonnen — zur Accordarbeit hergegeben, daß es der Organisation als eine Notwendigkeit erschien, vorläufig den angegebenen Beschluß aufzuheben. —

+ **Gommern,** 15. August. (Privat-Drahtnachricht. (Arbeiterrisiko.) Gestern abend verunglückte der Arbeiter Wilhelm Sens in dem Ballensteinschen Steinbruch dadurch, daß ihm eine Lori über das Bein fuhr. Er wurde nach Magdeburg in das Kahlenbergstift überführt. Soeben trifft die erschütternde Nachricht ein, daß Sens seinen Wunden erlegen ist. —

⊙ **Halberstadt,** 14. August. (Todesfall.) Am 6. August starb hier im 73. Lebensjahre der Maler und spätere Kaufmann Karl Naters, welcher schon Ende der sechziger Jahre für die Ausbreitung der Ideen der Sozialdemokratie hier thätig war. Als im Jahre 1870 der Ausschuß der sozialdemokratischen Partei, welcher seinen Sitz in Braunschweig hatte, ein Manifest gegen die Fortsetzung des Krieges erließ, verteilte er hier mit noch einem Genossen Exemplare davon, wofür beide eine längere Internierungshaft zu erdulden hatten. Im Jahre 1848 hatte er ebenfalls eine längere Gefängnisstrafe erduldet; er hatte in einer Versammlung einen „Champagnerfritzen" hochleben lassen, es wurde ihm angedeutet, er habe den König Friedrich Wilhelm 4. von Preußen gemeint. Nach 1871 begründete Naters hier mit noch einigen Freunden eine Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Partei (Eisenacher), zu gleicher Zeit, wo hier eine Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in das Leben gerufen war. Zu damaliger Zeit, wo die Saalabtreibung noch nicht erfunden war, hielt Naters, der über eine gute Rednergabe verfügte, hier und in der Umgegend viele Versammlungen ab. Nach der Verschmelzung zog er sich jedoch vom Parteileben zurück; doch ist er, wie uns aus glaubwürdiger Quelle mitgeteilt wird, in seiner Ueberzeugung niemals wankend geworden. —

Halle a. S., 14. August. (Ein ehrlicher Rabattvereinler.) Unser Hallesches Bruderblatt schreibt von dort: Bei einem Kaufmann in der Bernburgerstraße ließ unlängst jemand anfragen, was der Centner prima Hühnerfutter, bester Mais und Gerste gemischt, koste. Die ehrliche Antwort lautete: „Ohne Rabatt 9,25 Mark, mit Rabatt 9,75 Mark." — Herr K. hat zwar damit schnöd die ganze Rabatt-Karte verraten und das Geheimnis des Rabatt-Sparsystems schnöde preisgegeben; aber er ist wenigstens ehrlich gewesen und hat die Rabattspielerei als das gezeigt, was es ist — als Komödie. —

Merseburg, 14. August. (Verband der Ortskrankenkassen Sachsen-Anhalt.) Bekanntlich war von seiten des königlichen Regierungs-Präsidenten zu Merseburg unterm 11. Oktober 1901 den Krankenkassen im Regierungsbezirk Merseburg der Beitritt zu oben angegebenem Verbande verboten worden. In einer neuen Cirkular-Verfügung vom 21. Juni d. J. nun nimmt, wie wir dem „Hall. Volksblatt" entnehmen, der Regierungs-Präsident dieses Verbot wieder zurück, und zwar hat dies Cirkular folgenden Wortlaut:

Merseburg, den 21. Juni 1902.

Zu meiner Verfügung vom 11. Oktober 1901.

(Ic 11 339.)

Ein Verband der Ortskrankenkassen im Bezirke der Landesversicherungs-Anstalt Sachsen-Anhalt hat sich inzwischen gebildet. Der Verband verfolgt nach dem mir vorliegenden Statut nicht die Ziele, die im § 46 des Krankenversicherungsgesetzes bezeichnet sind. Die Bedenken, die bei Erlaß meiner oben bezeichneten Verfügung vom 11. Oktober 1901 gegen die Zulässigkeit des Verbandes bestanden, sind hiernach hinfällig, der Verband nicht der Art, daß der Beitritt der Krankenkassen von Aufsichts wegen zu verbieten wäre.

Ich mache bei dieser Gelegenheit nochmals darauf aufmerksam, daß die dem Verbande angehörenden Ortskrankenkassen keinenfalls Mittel ihrer Kassen zur Bestreitung der Kosten des Verbandes verwenden dürfen und ersuche Sie, den Vorständen der Ihrer Aufsicht unterstellten Ortskrankenkassen zur Pflicht zu machen, beim Anschluß der von ihnen verwalteten Kassen an den Verband hiervon Ihnen sofort Mitteilung zu machen. Bei den Revisionen der Kassen wollen Sie die Ausgabe für Verwaltungskosten nach der Richtung hin, ob nicht Mittel für die Unkosten des Verbandes oder für die Teilnahme von Vertretern der Kassen an den Versammlungen des Verbandes verwandt sind, einer sorgfältigen Prüfung unterziehen und einer etwaigen mißbräuchlichen Verwendung von Mitteln der Kassen mit Entschiedenheit entgegentreten. Frhr. v. d. Recke."

An ein ernstliches Verbot des Beitritts der Orts-Krankenkassen zu dem Verbande hat wohl niemand geglaubt, wohl aber hat die Verfügung des Präsidenten vom Oktober vorigen Jahres manche Vorstände der Kassen veranlaßt, dem Verbande nicht beizutreten. Ein viel größeres Entgegenkommen den Orts-Krankenkassen gegenüber hätte indes der Regierungs-Präsident wohl gezeigt, wenn er den Kassen auch genehmigt hätte, Mittel zu diesem Verbande zu bewilligen, um so mehr, da doch der Verband nur Zwecke und Ziele verfolgt, die ganz im Rahmen des Kranken-Versicherungs-Gesetzes sich bewegen. — Die Revision der Orts-Krankenkassen auf ihren finanziellen Bestand und der etwaigen Einsetzung von Mitteln für den Verband wird sie nicht hindern, die Beiträge trotzdem aufzubringen. —

Quedlinburg, 13. August. (In der Partei-Versammlung), die am Sonntag, den 10. d. M. stattfand, wurden als Delegierte zur Kreiskonferenz die Genossen Lütge, Wirbelner, Sperling und Gustav Menz sen. gewählt. Ferner wurde beschlossen, des Abends einen Kommers zu Ehren der Delegierten unter Mitwirkung aller Vereine stattfinden zu lassen. Am Montag, den 25. d. M., findet eine Harzpartie statt. Diejenigen Genossen, welche hier über Nacht bleiben wollen, werden ersucht, sich wegen Besorgung von Nachtquartier an den Genossen Lütge, Damm 17, zu wenden. —

Quedlinburg, 14. August. (Eine Volksvereins-Versammlung) findet am Sonnabend, den 16. d. M., um 8½ Uhr abends statt. Auf der Tagesordnung steht die hier am 24. August stattfindende Generalversammlung und die Wahl der Delegierten zu derselben. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig. Gäste haben Zutritt. —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der vom Landgerichte Braunschweig am 9. April wegen Betruges in acht Fällen, sowie Privaturkundenfälschung in zwei Fällen zu 9 Monaten Gefängnis verurteilte Freiherr Georg v. Wrede hatte gegen dieses Urteil Revision eingelegt. Diese wurde vom Reichsgericht verworfen, dagegen hob dieses auf die Revision des Staatsanwalts, die zu Gunsten des Angeklagten eingelegt worden war, das Urteil in drei Fällen auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. — In Cöthen wurde am 12. d. M. der städtischen Akademiekommission mitgeteilt, daß Direktor Dr. Holzapfel seine Entschädigungsforderung von 125 000 Mark auf 110 000, einschließlich des 26 000 Mark betragenden Pensionsfonds, herabgesetzt hat. Die Kommission war geneigt, dem Gemeinderat die Annahme der Forderung zu empfehlen. — Die Elmener Badezeitung Nr. 27 verzeichnet bis 13. August 6000 Badegäste und 32 408 verabreichte Bäder. — Vom 1. Oktober ab wird das Schulgeld an der Realschule in Schöneberg betragen für einheimische Schüler 90 Mark und für auswärtige 110 Mark. Das wahlfreie Latein kostet nach wie vor 40 Mark extra pro Jahr. — Der Vertreter eines der bedeutendsten Staßfurter Werke hat sich nach dem Kaukasus begeben, um eventuell wegen Pachtung oder Ankauf von in der Nähe der transkaukasischen Bahn gelegenen Ländereien mit unerschöpflichen reichen Kalisalzlagerungen zu verhandeln. —

Vermischte Nachrichten.

* **Schmachvolles Ende.** Von Stufe zu Stufe gesunken ist der am Freitag bei Marienburg ertrunken aufgefundene 73jährige Kuhhirt Lange. Er hat einst bessere

Tage gesehen. Er war früher Gutsbesitzer und Amtsvorsteher im Regierungsbezirk Königsberg. Durch seinen bodenlosen Leichtsinn und durch Kartenspiel um hohe Geldbeträge hat er sein ganzes Grundstück und sein sonstiges Vermögen verloren. Nach Königsberg ist er früher stets in einem Wagen mit vier Pferden gefahren. Zuletzt war er bei einem Besitzer in Schroop als Kuhhirt thätig. —

* **Die deutsche Sprache im deutschen Reiche.** Eine Uebersicht über die Bevölkerung des deutschen Reiches nach der Muttersprache ist im kaiserlichen statistischen Amt zusammengestellt worden. Von der 56 367 178 starken Bevölkerung (27 737 247 männlich und 28 629 931 weiblich) haben nur 51 883 131 (25 510 642 männlich und 26 372 489 weiblich) Deutsch als Muttersprache. Deutsch und eine fremde Sprache sprechen 252 918 Personen (137 283 männlich und 115 635 weiblich), darunter deutsch und holländisch 4512, deutsch und friesisch 550, deutsch und dänisch oder norwegisch 4212, deutsch und schwedisch 651, deutsch und englisch 2220, deutsch und französisch 9356, deutsch und wallonisch 860, deutsch und italienisch 1236, deutsch und spanisch 272, deutsch und portugiesisch 90, deutsch und polnisch 169 634, deutsch und masurisch 10 898, deutsch und kassubisch 1652, deutsch und wendisch 23 779, deutsch und mährisch 1861, deutsch und tschechisch 8506, deutsch und russisch 1331, deutsch und littauisch 9214 und deutsch und ungarisch 1292.

Eine fremde (nicht deutsche) Sprache sprechen 4 231 129 Personen (2 089 322 männlich und 2 141 807 weiblich). Unter diesen 4 231 129 sind 3 086 489 Polen (1 495 374 männlich und 1 591 115 weiblich). Holländisch sprechen 80 361, friesisch 20 677, dänisch oder norwegisch 141 061, schwedisch 8998, englisch 20 217, französisch 211 679, wallonisch 11 872, italienisch 65 930, spanisch 2059, portugiesisch 479, masurisch 142 049, kassubisch 100 213, wendisch 93 032, mährisch 64 382, tschechisch 43 016, russisch 9617, littauisch 106 305 und ungarisch 8 158 Personen. —

* **Das Eldorado der Biertrinker.** Mit Wehmut werden die deutschen Biertrinker folgende, der „Brauer- und Hopfen-Zeitung" entnommene Mitteilung lesen: „Im Orient und in Nordafrika müssen die Wirte zum Bier allerlei Zugaben geben, z. B. ein kleines belegtes Schinkenbrot oder eine Scheibe Schweizerkäse mit Brot oder einige geräucherte Fischchen mit Brot. Die egyptischen Bierwirte leisten darin ganz Unglaubliches. So erhält man z. B. im „Bar d'Afrique" in Kairo zu einem Glas Bier, das einen Piaster (10 Pf.) kostet, sieben verschiedene Tellerchen; auf dem einen liegen zwei Scheiben Brot, auf dem zweiten sechs Oliven, auf dem dritten einige Stücke Kartoffelsalat, auf dem vierten grüner Salat, auf dem fünften zwei nußgroße Stückchen gebratene Kalbsleber, auf dem sechsten ein Häufchen Seemuscheln und auf dem siebenten die Nationalspeise: weichgekochte große Bohnen. Bei jedem neuen Glas Bier werden alle Platten frisch gefüllt, und bei fünf Glas Bier (50 Pf.) kann sich ein Mensch an den verschiedensten Dingen satt essen." —

* **Warum erscheint uns der Himmel blau?** Diese Frage hat von jeher den Forschergeist angezogen und auch in neuerer Zeit hervorragende Physiker und Meteorologen beschäftigt. Die richtige Antwort hat, wie Prof. Kalischer im „Weltall" schreibt, bereits Goethe gegeben. Er erklärte die blaue Himmelsfarbe für die Farbe trüber Medien, da Wasserteilchen in Dunstform immer in der Atmosphäre schweben. Zur Prüfung der Theorie von Lord Rayleigh, der ebenfalls die blaue Farbe des Himmels als Farbe eines trüben Mediums ansieht, hat nun kürzlich Pernter die Polarisation des Himmelslichtes und die der trüben Medien untersucht und eine volle Uebereinstimmung gefunden; er kommt hiernach zu dem Schluß, daß die Lichtzerstreuung im Himmelslichte die gleiche ist wie in trüben Medien, daß also die Luft als trübes Medium anzusehen sei und die blaue Farbe des Himmels als die Farbe eines trüben Mediums in seitlichem Lichte zu gelten habe. Hiermit findet Goethes Ansicht eine glänzende Bestätigung, und um sie recht zu würdigen, muß man wissen, daß Goethe noch ein Jahrzehnt nach Erscheinen seiner Farbenlehre, in der diese Vorstellung entwickelt wurde, die falsche Behauptung mancher Physiker, daß die Bläue des Himmels eine subjektive Farbenerscheinung sei, bekämpfen mußte. —

* **Hochnotpeinliches Verhör.** Die amerikanischen Einwanderer werden jetzt bei der Landung, auch die Kajütenpassagiere, einem Kreuzverhör unterzogen und müssen u. a. folgende Fragen beantworten: Wie alt? Ihr Beruf oder Gewerbe? Können Sie lesen und schreiben? Welcher Nationalität? Letzter Aufenthalt? Reiseziel in den Vereinigten Staaten? Haben Sie einen Fahrschein dorthin? Wer hat Ihre Reisekosten bezahlt? Wieviel Geld haben Sie mit sich? Wollen Sie Verwandte aufsuchen? Wie heißen und wo wohnen diese? Waren Sie jemals Insasse eines Gefängnisses oder Armenhauses oder Empfänger öffentlicher Unterstützungen? Sind Sie Polygamist? Sind Sie mit einem Vertrage hergekommen, oder sind Sie als Arbeiter in den Vereinigten Staaten im voraus angestellt? Sind Sie körperlich und geistig gesund? Sind Sie mißgestaltet oder verkrüppelt? Welcher Art sind Ihre körperlichen Mängel und wodurch sind sie herbeigeführt worden?

Die ersten Opfer dieser Strenge waren die Kajütspassagiere des französischen Dampfers „La Touraine". So mußte z. B. ein französischer Graf die Frage beantworten, ob er lesen und schreiben könne, wie viel Geld er in der Tasche habe, ob er nicht geisteskrank sei und ob er mehr als eine Frau habe. Es entstand großer Aufruhr unter den Reisenden.

Kleine Chronik.

Feuersbrunst in einem Waisenhause.

In der verflossenen Nacht wütete im Orte Siegler bei Köln eine heftige Feuersbrunst, die auch ein von der Niederlassung der Schwestern vom heiligen Augustinus geleitetes Waisenhaus ergriff. Die Oberin bemerkte das Feuer, als die Flammen bereits ihre Stube erfaßten. Durch ihr kaltblütiges und energisches Vorgehen bei den Rettungsarbeiten wurde es ermöglicht, daß sämtliche in höchster Gefahr schwebende Kinder und Schwestern gerettet wurden, wobei einige Schwestern geringfügige Brandwunden davontrugen. Kurz nachdem die Kinder und Schwestern die Niederlassung verlassen hatten, hatten die Flammen sämtliche Zimmer sowie ein benachbartes Wirtschaftsgebäude und die Stallungen ergriffen. Erst nachdem Hilfe aus den benachbarten Ortschaften angelangt war, konnte gegen Morgen das Feuer gelöscht werden. —

Ein blutiges Liebesdrama

hat sich in Hannover abgespielt. Der Kaufmann Kosemund stürzte sich gestern mit seiner Geliebten, der Ehefrau des Tapezierers Klosmann, aus einem Fenster eines Hauses in der Schützenstraße auf das Pflaster hinab. Beide Personen haben Schädelbrüche und schwere innere Verletzungen davongetragen, so daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Eine Bitte aus Frauenmund.

Ein New-Yorker Blatt erzählt: Frau Ella Hall von Valdosta, Ga., hat den Sheriff (Scharfrichter) von Lowndes County gebeten, ihr zu erlauben, das Seil, an welchem der Neger Consey Bryant zum Galgen gezogen wird, ziehen zu dürfen. Bryan tötete Frau Halls Vater. Der Sheriff hat seine Einwilligung gegeben, aber die staatliche Behörde verhinderte die Frau, des Sheriffs Arbeit zu thun. —

Kleine Tageschronik. In München-Gladbach ist der Gefangenenaufseher Ohlig wegen fortgesetzter Vergehen an weiblichen Gefangenen zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. — Ein Sträfling des Zuchthauses in Ensisheim suchte über das Dach der Anstalt zu entfliehen. Als ihn Wächter bemerkten und festnehmen wollten, bombardierte er dieselben mit Ziegeln. Auf Befehl des Lieutenants vom Wachkommando wurde darauf der Flüchtling von einem Unteroffizier erschossen. — In Bremen erschoß gestern der Sohn des Schlossermeisters Kramers während eines Streites seinen Vater, der ihn mit einem Hammer bedroht hatte. Er stellte sich nach der That dem Gericht. — Der in Rußland verhaftete Rauchwarenhändler Perlmann, der vor einem Jahre aus Leipzig geflüchtet war, hat im Untersuchungsgefängnis zu Odessa Selbstmord begangen. — Man hofft den Simplontunel, die neue Bahnverbindung zwischen der Schweiz und Italien, nun doch früher herstellen zu können, als nach den zahlreichen bisher eingetretenen Komplikationen zu hoffen gewesen war. — Der englische Torpedobootszerstörer „Succeß" stieß im Solent mit einem Kohlenschiffe zusammen und erlitt Beschädigungen am Bug. —

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht Magdeburg.

Sitzung vom 14. August 1902.

Stadtrat Kaiser, Vorsitzender; Hermann Fahrenholz, Kaufmann Karl Fiering, Arbeitgeber; Dreher August Fligge, Arbeiter August Laganke, Arbeitnehmer.

Ein Muster von Lehrmeister im Tischlerhandwerk repräsentierte sich heute in der robusten Person des Herrn Hüttenrauch. Dieser ist von der Mutter des Lehrlings Pabst auf Aufhebung des schriftlichen Lehrvertrages verklagt, weil der Tischlermeister den Lehrling ganz ungerechtfertigterweise so nachdrücklich mit Ohrfeigen gezüchtigt hat, daß der bedauernswerte junge Mensch sich in der Krankenanstalt Sudenburg vor eine Ohrenoperation gestellt sieht. Tischlermeister Hüttenrauch giebt zu, daß er den Lehrling geschlagen habe. Zu seiner Entlastung versucht der Mustermeister noch anzuführen, daß der Lehrling in gewohnter Weise bis Freitag gearbeitet habe und erst am Sonnabend gesagt hätte, daß er zum Arzt gehen müsse. Nach Lage der Sache verzichtet der „fürsorgliche" Meister auf die ärztliche Feststellung der vorstehenden Thatsachen. Das Gericht erachtet diese auch als feststehend und verkündet die Aufhebung des Lehrvertrages. —

Vom Tischlermeister Harpke fordert der Tischler Kohl eine Entschädigung wegen Einbehaltens seiner Papiere beim Abgange, da weder der Meister noch irgend ein Vertreter zu dieser Herausgabe anzutreffen waren. Die Parteien vergleichen sich auf 6 Mark. —

Der „Bauherr" Schenk beschäftigte bereits durch einige Termine das Gewerbegericht, da er den Arbeitern Bertram und Brettschneider feste Arbeit zugesichert hatte; er selbst hat aber solche Arbeit nicht in Angriff genommen. Im letzten Termine war dem „Bauherrn" Schenk aufgegeben, einen Vorschuß von 10 Mark zu leisten, damit das Gericht die vom Beklagten genannten Zeugen vorladen könne. Der „Bauherr" Schenk hat diesen Kostenvorschuß nicht geleistet und hat es vorgezogen, durch Abwesenheit zu glänzen. Demgemäß mußte das Gericht nach dem Antrage der Kläger erkennen und verurteilte den „Bauherrn" Schenk zur Zahlung von je 48 Mark an Bertram und Brettschneider als Entschädigung für eine 14tägige kündigungslose Entlassung. —

Der Zimmerer Mewes wird mit seinem Klageantrage wider den Hausbesitzer Pape auf Zahlung von 57,60 Mark für entgangenen 14tägigen Arbeitsverdienst auf Zurücknahme seiner Klage verwiesen, da die Beweisaufnahme ergiebt, daß die geleisteten Arbeiten nicht ohne Tadel ausgeführt seien. Kläger zieht darauf seinen Antrag zurück. —

Der Kutscher Willy Fritsche fordert vom Kaufmann Max Häusler die sofortige Rückzahlung seiner Kaution von 50 Mark und eine 14tägige Lohnvergütung von 48 Mark wegen kündigungsloser Entlassung. Der Beklagte behauptet, daß er berechtigt sei, nach einem Vertrage, der mit allen seinen Leuten abgeschlossen werde, nach 1tägiger Kündigung den Kläger zu entlassen und die Kaution von 50 Mark erst nach Ablauf von 3 Monaten — nach dem Tage der Entlassung — zu erstatten. Der Beklagte kann jedoch den angeblich vom Kläger unterzeichneten Vertrag nicht präsentieren, und Kläger leistet den Eid, daß er einen derartigen Vertrag nicht unterzeichnet habe. Der Beklagte wird daher verurteilt, dem Kläger sofort 50 Mark Kaution und für eine abgelaufene Woche nach der Entlassung 24 Mark zu zahlen. Die weiteren 24 Mark Lohn stehen dem Kläger auf neuen Antrag erst in nächster Sitzung zu. —

Vereine und Versammlungen

Gewerkschaftskartell.

Durch unliebsame Verzögerung sind wir erst heute in der La
den Bericht von der Sitzung am 7. August nachtragen zu könn
Wir bitten deshalb um Entschuldigung.

Zu dieser Sitzung waren außer den Delegierten die Vorstän
sämtlicher Gewerkschaften eingeladen. Nicht erschienen waren die Lag
halter, Gastwirtsgehilfen, Maler, Steinsetzer, Tabakarbeiter und Musi

Vor Eintritt in die Tagesordnung giebt Genosse Voß bekan
daß der Magistrat der Stadt Magdeburg 20 Arbeiter der städtisch
Gasanstalt ohne Kündigung entlassen habe, obwohl in der Arbei
ordnung geschrieben steht, daß wer länger wie drei Monate in Arb
steht, nicht ohne Kündigung entlassen werden darf. Da alle 20 Arbei
länger als 3 Monate beschäftigt waren, so ist das Vorgehen
Magistrats nicht richtig, vorausgesetzt daß die Angaben der Arbei
auf Wahrheit beruhen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung erhält nunmehr der Gen
Beims aus Osterode a. H. als Kandidat für das Gewerkschaf
sekretariat das Wort. Derselbe schildert in klarer und verständlic
Weise die Aufgaben eines derartigen Instituts. Seine Ausführung
wurden mit Beifall von den Anwesenden aufgenommen. Es wu
sodann beschlossen, die Anstellung einer demnächst stattfindenden Kart
sitzung zu überlassen.

Sodann erstattet der Genosse Röhr von der in Bernburg sta
gefundenen Konferenz der Gewerkschaftskartelle des Versicherungsbezi
Sachsen-Anhalt Bericht. Als Hauptpunkt wurde dort die Wahl
Vertreter zur Beratung der Unfallverhütungs-Vorschriften verhand
Nachdem der Redner die Notwendigkeit zur Beteiligung an die
Wahlen nachgewiesen hat, führt der Genosse Wernicke diejenig
Gewerkschaften auf, welche Kandidaten hierzu zu nominieren hab
Den hierbei in Betracht kommenden Organisationen soll schriftlich m
geteilt werden, wie viele Kandidaten sie aufzustellen haben. Hier
erfolgte Schluß der Sitzung um 11½ Uhr. —

Zimmerer.

Am Dienstag, den 5. August, tagte eine Versammlung des V
bandes deutscher Zimmerer, Zahlstelle Magdeburg, bei Witwe Müll
Tischlerkrugstraße 22. Zunächst ehrte die Versammlung das Anden
des verstorbenen Kameraden Hase in der üblichen Weise. Soda
hielt Genosse Marckwald einen Vortrag über das Unfallversic
rungsgesetz. Zum 2. Punkt verlas der Kassierer die Abrechnung v
zweiten Quartal. Diese wurde von den Revisoren bestätigt und d
Kassierer Decharge erteilt. Für die Verschmelzung des Lokalfor
erklärten sich die Anwesenden einstimmig. —

Vereins-Kalender.

(Anzeigen unter dieser Rubrik kosten pro Zeile 5 Pfg., die vorher zu bezahlen si

Schneider und Schneiderinnen. Sonntag, den 17. d.
vorm. 9 Uhr, Besichtigung der Wasserwerke. Abmarsch punkt 8
vom „Bürgerhaus", Ende Buckau punkt ¾9 Uhr. —

Arbeiter-Radfahrerklub „Einigkeit", Alte Neusta
Abfahrt nach Schönebeck zum Gewerkschaftsfest Sonntag nachmit
3 Uhr vom Hasselbachplatz. —

Radf.-V. „Stern" (Mitgl. d. Arb.-Radfahr.-Bund. „Solidarit
Sonntag mittags ½1 Uhr Abfahrt nach Schönebeck zum Gewerkschaf
fest. Treffpunkt „Zerbster Bierhalle", Sudenburg, Schöningerstraße.

Groß-Ottersleben. Die Holzarbeiter treffen sich Sonn
mittag 1 Uhr bei Strumpf zum Abmarsch nach Schönebeck. —

Marktberichte.

Magdeburg, 14. August. Weizen fest, alte Ware nomin
170—173 ab Station bezahlt. Roggen fest, besonders in klamm
Qualitäten stärker angeboten, trockener 144—149 je nach Lage
Station, feuchter bis 10 Mk. billiger gehandelt. Hafer unveränd
fest, feinster hiesiger bis 182, inländischer Durchschnittshafer bis
frei hier bezahlt. Gerste, Brauware bis jetzt nur in beschädig
feuchter Qualität angeboten und demgemäß ungefähr wie Futterw
das ist Wintergerste zu 135—139 ab Station beboten. Mais
mixed 138—140, runder 119—120, defekte Ware 90—105 ab
angeboten. —

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

					Fall	W
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	13. Aug.	+ 1.05	14. Aug.	+ 1.10	—	0
Trotha	„	+ 1.54	„	+ 1.54	—	
Alsleben	„	+ 1.28	„	1.28	—	
Bernburg	„	+ 0.96	„	+ 0.96	—	
Calbe, Oberpegel	„	+ 1.48	„	+ 1.46	0.02	
do. Unterpg.	„	+ 0.40	„	+ 0.34	0.06	
Iser, Eger, Moldau.						
Jungbunzlau	12. Aug.	+ 0.18	13. Aug.	+ 0.14	0.04	
Laun	„	+ 0.26	„	— 0.30	0.04	
Budweis	„	+ 0.18	„	+ 0.14	0.04	
Prag	„	+ 0.30	„	+ 0.22	0.08	
Mulde.						
Dessau Muldebrücke	13. Aug.	— 0.07	14. Aug.	+ 0.04	0.03	
Elbe.						
Pardubitz	12. Aug.	+ 0.00	13. Aug.	+ 0.02	—	
Brandeis	„	+ 0.04	„	+ 0.06	0.02	
Melnik	„	— 0.36	„	— 0.35	—	
Leitmeritz	„	— 0.37	„	— 0.30	—	
Außig	13. „	— 0.08	14. „	— 0.11	0.03	
Dresden	„	— 1.47	„	— 1.42	—	
Torgau	„	+ 0.37	„	+ 0.40	—	
Wittenberg	„	+ 1.16	„	+ 1.15	0.01	
Roßlau	„	+ 0.61	„	+ 0.59	0.02	
Barby	„	+ 0.80	„	+ 0.82	—	
Schönebeck	„	+ 0.58	„	+ 0.59	—	
Magdeburg	14. „	+ 0.90	15. „	+ 0.88	0.02	
Tangermünde	13. „	+ 1.45	14. „	+ 1.42	0.03	
Wittenberge	„	+ 1.13	„	+ 1.11	0.02	
Dömitz, Pegel	„	+ 0.61	„	+ 0.51	0.10	
Lauenburg	„	+ 0.69	„	+ 0.66	0.03	
Havel.						
Brandenburg Oberpegel	12. Aug.	+ 2.01	13. Aug.	+ 2.00	0.01	
do. Unterpegel	„	+ 1.00	„	+ 1.00	—	
Rathenow Oberpegel	„	+ 1.30	„	+ 1.31	—	
Unterpegel	„	+ 0.54	„	+ 0.52	0.02	
Havelberg	„	+ 1.46	„	+ 1.46	—	
Oder.						
Kosel	12. Aug.	+ 1.08	13. Aug.	+ 1.02	0.06	
Brieg, Oberpegel	„	+ 4.68	„	+ 4.60	0.08	
do. Unterpegel	„	+ 2.46	„	+ 2.29	0.18	
Breslau Oberpg.	„	+ 5.14	„	+ 5.08	0.06	
do. Unterpegel	„	— 0.46	„	— 0.50	0.04	
Frankfurt	10. Aug.	+ 1.45	11. „	+ 1.42	0.03	
Küstrin	„	+ 1.23	„	+ 1.09	0.04	
Warthe.						
Posen	12. Aug.	+ 0.56	11. Aug.	+ 0.48	0.08	
Küstrin	11. „	+ 0.51	12. „	+ 0.47	0.04	

entschieden. Bei diesem Prozeß handelte es sich um folgendes: Die Bergarbeiter von Wales arbeiten unter der gleitenden Lohnskala: ist der Preis der Kohle hoch, so ist es auch ihr Lohn, sinkt der Preis, geht ihr Lohn im gleichen Verhältnis zurück. Um eine Ueberproduktion und damit einen Rückgang des Kohlenpreises zu verhindern, ordnete der Vorstand des Bergarbeiterbundes dann und wann Feiertage an. So im Jahre 1900; im Herbst 1901 aber erfolgte die Anordnung von 4 Feiertagen nicht seitens des Vorstandes der Föderation, sondern durch ein besonderes Komitee. Diese Vorsichtsmaßregel war seitens der Föderation wegen des mittlerweile ergangenen Lordurteils in der Taff-Vale-Angelegenheit getroffen worden. Trotzdem erfolgte Schadenersatzklage seitens des Unternehmer-Verbandes auf 2 Millionen Mark. Die Kläger sind durch das Urteil des Richters Bigham abgewiesen. Zur Begründung des Urteils führte der Richter an, daß zwar die Führer der Föderation die Arbeiter zum Kontraktbruch verleitet haben, aber es sei dies ohne böse Absicht geschehen. Eine Verschwörung habe demnach nicht stattgefunden und die Führer der Föderation haben keine gesetzwidrige Handlung begangen. Dieses Urteil ist von großer Wichtigkeit für die Trades Unions und scheint einen Ausweg zu zeigen, wie dem Taff-Vale-Entscheid der Lords aus dem Wege gegangen werden kann. —

Ein soeben vom Handelsamt herausgegebener Bericht giebt die Länge der im vereinigten Königreich dem Verkehr dienenden Eisenbahnen Ende 1901 auf 22 078 Meilen an, gegen 21 855 im Jahre 1900. Die Zahl der Passagiere (ausgenommen die der Inhaber von Saisonbillets) betrug 1 172 395 900 und das Gewicht der durch die Bahnen beförderten Güter erreichte die Höhe von 415 958 441 Tonnen. Der Brutto-Ueberschuß betrug rund 2,181 Milliarden, die Ausgaben für Löhne, Gehälter usw. betrugen rund 1,350 Milliarden, so daß ein Netto-Ueberschuß von 780 Millionen bleibt. —

Italien.

Das Ministerium und die Verlängerung der Handelsverträge.

Ein römischer Korrespondent schreibt der „Handelsvertragskorrespondenz": Anläßlich der Anwesenheit aller Minister in Rom zum Todestag König Umbertos (29. Juli) hat eine Konferenz in Sachen der Handelsverträge stattgefunden, bei der Prinetti und Guido Baccelli referierten. Wie versichert werden kann, ist die Stimmung im italienischen Ministerrat nach wie vor für eine stillschweigende Verlängerung der laufenden Verträge bis zum 31. Dezember 1905 oder mindestens 1904 unter separater Regelung der Weinzollfrage mit Oesterreich-Ungarn. Zu konkreten Beschlüssen lag keine Veranlassung vor. —

Kleine politische Nachrichten. Der Oberbürgermeister von Posen, Witting, hat sich in den letzten Tagen in Berlin aufgehalten. Während seines Aufenthaltes hat er, dem „Berliner Tageblatt" zufolge, teils Besprechungen im Reichskanzlerpalais teils bei der Nationalbank für Deutschland gehabt, für deren Direktion er bekanntlich in Aussicht genommen ist. — Der „Fall Stietencron" wird die Civilgerichte nochmals beschäftigen. Bekanntlich waren die Angehörigen des von dem Frhrn. v. Stietencron erschossenen italienischen Arbeiters Fazzi mit ihren Entschädigungsansprüchen abgewiesen worden. Nun hat jedoch das Reichsgericht in dieser Sache eine Revisionsverhandlung vor dem 6. Civilsenat auf den 9. Oktober anberaumt. — Verboten wurde in Alessandria (Italien) das sozialistische Organ „Die neue Idee", weil es einen Vergleich zwischen dem Vorgehen der Grundherren und Behörden in Apulien und den Massakres in Galizien angestellt hatte. —

Aus der Parteibewegung.

Zum Parteitage veröffentlicht der Lokalausschuß das von ihm aufgestellte Programm. Der Parteitag wird in den schönen Räumen der Schwabinger Brauerei abgehalten, wohin die in der Stadt untergebrachten Delegierten und Gäste eine der schönsten Straßen Münchens führt. In der Nähe des Kongreßlokales befindet sich das berühmte Ungererbad, der großartig schöne Englische Garten mit dem Kleinhesseloher See.

Sonntag abend 7 Uhr wird die Konstituierung des Parteitages durch eine Begrüßung der Delegierten eingeleitet. Nach der Konstituierung Konzert und Gesang. Montag, den 15. September, abends, großes Kellerfest im Hackerkeller. Mittwoch oder Donnerstag nachmittags Ausflug nach Starnberg mit Rundfahrt auf dem See und Spaziergang nach der Rottmannshöhe. Sonnabend, den 20. September, abends 8 Uhr, Volksversammlung im Münchener Kindlkeller mit auswärtigen Genossen als Redner. Sonntag, den 21. September, Almfest auf der Bodenschmied bei Schliersee, arrangiert zu Ehren der Delegierten von den Parteigenossen in Miesbach und Hausham.

Der Lokalausschuß wird überdies zur Erinnerung an den Parteitag eine illustrierte Festschrift herausgeben.

Der Vorsitzende des Lokalausschusses ist Genosse L. Pickelmann, Sendlingerstraße 20, München. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 15. August 1902.

— **„Wer dumm ist, muß geprügelt werden,** das ist ein pädagogischer Lehrsatz, der trotz aller gegenteiligen Auffassungen im Volksempfinden noch immer gute Geltung hat." So zu lesen in den hiesigen „Neuesten Nachrichten" am Schlusse eines dummen Artikels. Das Blatt kann sich freuen, daß dieser schöne Grundsatz vorläufig nur erst in der russisch gefärbten Phantasie des dummen Artikelschreibers besteht, denn sonst müßte dieser Gute schon für die Dummheit dieses Satzes eine gehörige Portion Prügel erhalten. Wer dumm ist, soll aufgeklärt werden; nach pädagogischen Grundsätzen ist aber der Stock kein Aufklärungsmittel. Allenfalls bekennt sich der Pädagoge zu dem Grundsatz Mirza Schaffys: „Wer da lügt, muß Prügel haben!" Die Redakteure der „Neuesten Nachrichten" können sich aber nur beglückwünschen, daß es auch mit der Befolgung dieses Grundsatzes in der Oeffentlichkeit nicht so genau genommen wird. Denn wenn sie für alle Dummheiten und für alle Lügen, die sie bewußt oder unbewußt durch ihr Blatt der Oeffentlichkeit anzubieten wagen, Prügel bekommen würden, dürften sie bald den Opfern des Gouverneurs von Charkow, des Fürsten Obolenski, ähnlich sehen: zu „förmlichen Fleischklumpen" waren die Bedauernswerten nach einer von uns gestern wiedergegebenen Depesche aus Krakau geprügelt worden. Also in Zukunft etwas vorsichtiger sein mit der Schaffung neuer Sprichwörter, brave Nachrichten-Redakteure! —

— **Berufsunfälle.** Der Arbeiter Aug. Pohl kam an der Ratswage beim Anfahren eines Wagens unter die Räder, wobei er sich einen Rippenbruch an der linken Seite zuzog. — Bei der Firma Ww. Krull in der Neustadt stürzte ein Stapel Säcke um und begrub die unverehelichte Arbeiterin Anna Wildt unter sich. Das junge Mädchen hat schwere innere Verletzungen davon getragen. Beide Verunglückte fanden Aufnahme in der altstädtischen Krankenanstalt. —

Letzte Nachrichten.

(„Herold", Depeschen-Bureau.)

Berlin, 15. August. Ein Hochverratsprozeß wird aus Leipzig angekündigt: Gegen den Reisenden Edo Becker aus Wolfenbüttel ist Anklage wegen Verrats militärischer Geheimnisse erhoben worden. Der Prozeß findet demnächst vor dem Reichsgericht statt. —

Budapest, 15. August. Die parlamentarische Unabhängigkeits- und 1848er-Partei beschloß in ihrer gestrigen Konferenz, gegen den Ausgleich in entschiedenster Weise Stellung zu nehmen und Demonstrations-Versammlungen in ganz Ungarn vorzubereiten. —

Prag, 15. August. Anläßlich der 50. Gründungsfeier des tschechisch-katholischen Gesellenvereins fand hier eine stark besuchte katholische Manifestations-Versammlung statt. Der die Festrede haltende Kanonikus Burian beklagte im Verlaufe seiner Ausführungen, daß es schon so weit gekommen sei, daß man Ungläubige als Professoren an Hochschulen finde und forderte deshalb zur strammsten Organisation aller Katholiken auf. —

Frankfurt a. M., 15. August. Die „Frankf. Ztg." meldet aus Petersburg: Zu dem Attentat auf den Fürsten Obolenski wird noch gemeldet: Der Gouverneur stand abends im Theater in einem Zwischenakte am Eingang seiner Loge und unterhielt sich mit verschiedenen Personen, als ein in einen Mantel gehüllter Mann an die Gruppe herantrat und in einer Entfernung von zwei Schritt vom Fürsten über die Schulter der Frau Gordejenko einen Revolver auf ihn abschoß. Die Kugel ging fehl; der Gouverneur erhielt nur eine unbedeutende Verletzung am Halse. Frau Gordejenko ergriff den Attentäter an der Hand, der einen zweiten Schuß abgab, der ebenfalls fehlging. Der Attentäter wurde hierauf von herbeigeeilten Polizeibeamten ergriffen und zu Boden geworfen, wobei er nochmal zwei Schüsse abfeuerte. —

Belgrad, 15. August. Im Kopavnik-Gebirge wüten heftige Schneestürme. —

Kaschau, 15. August. Das Schwurgericht verurteilte den ehemaligen Volksschullehrer Borosz, der ein elfjähriges Mädchen vergewaltigt hatte, zu 10 Jahren Zuchthaus. —

Paris, 15. August. (Eig. Drahtb.) Der „Figaro" berichtet aus London, die englische Admiralität beabsichtige zu der bevorstehenden Flottenschau die Burengenerale einzuladen und ihnen die Yacht „Enchant-Expreß" zur Verfügung zu stellen. —

London, 15. August. (Eig. Drahtb.) Ein hiesiger Fischer tötete in einem Anfall von Raserei seine 29jährige Frau und machte sodann durch 20 Degenstiche einen Selbstmordversuch

Paris, 15. August. (Eig. Drahtber.) In Nuncq hat ein junger Mann mit dem Dreschflegel eine ältere Frau erschlagen. Der Mörder wurde verhaftet. —

Rom, 15. August. (Eig. Drahtb.) Der Bandit Lombardo wurde zu Tauro in Calabrien von Gendarmen gefangen genommen und getötet. Er hatte mehrere Morde, Diebstähle und Erpressungen auf dem Gewissen. —

Beste Verarbeitung, gediegene Stoffe, tadelloser Sitz und trotzdem auffallend billig!

Wilhelm Rueff • Calbe a. S.

Querstrasse Querstrasse

— Grösstes —

Herren- und Knaben-Garderoben-Lager in Calbe a. S.

empfiehlt zu aussergewöhnlich **enorm billigen** Preisen:

Elegante Jackett- und Rock-Anzüge

in nur modernen neuen Sommerfarben.

Sommer-Paletots, Sommer-Ulster

nur neue Farben.

Die **allerfeinsten Knaben-Anzüge,** aparte elegante **Sonntagshosen,** moderne Streifen, staunend billig, von **2 Mark** an.

Sämtliche Arbeiter-Garderoben für jeden Beruf in enormer Auswahl und staunend billig. **Hüte, Mützen, Schlipse, Hemden, Blusen** empfiehlt zu fabelhaft billigen Preisen.

Bitte bei Bedarf um Besuch meines Geschäftshauses.

333 Ergebenst **Wilhelm Rueff.**

Meine Massabteilung ist berühmt wegen des vorzüglichen Sitzes und der billigen Preise!

Billig und gut kaufen Sie Ihre **Schuhwaren** bei

H. Reichardt, M.-Neustadt

Lübeckerstraße Nr. 120a.

Herren-Halbschuhe	4.75	Mk.
Herren-Stiefeletten	5.25	„
Herren-Schnürstiefel	7.00	„
Herren-Schnallenstiefel	7.50	„
Damen-Spangenschuhe	3.50	„
Damen-Knopf- und Schnürschuhe	3.75	„
Damen-Knopfstiefel	5.25	„
Damen-Schnürstiefel	6.00	„
Damen-Schnürstiefel, Box Calf	8.00	„
Mädchen-Knopfstiefel, kräftig, genagelt, 23/35,	2.25—4.25	„
Knaben-Schnürstiefel, extra stark, 23/35	2.00—4.25	„

Großes Lager in extra starken 243

genagelten Schuhwaren

sowie größte Auswahl in

leichten und eleganten Schuhen und Stiefeln

feinster Ausführung

für Herren, Damen und Kinder.

Geschäfts-Uebernahme.

Hierdurch die ergebene Mitteilung, daß ich die 357

Bäckerei

im Hause Kleine Storchstraße Nr. 5

übernommen habe. Es soll mein eifrigstes Bestreben sein, die mich beehrenden Kunden auf das reellste und sorgfältigste zu bedienen.

Hochachtungsvoll

Gustav Moritz, Bäckermeister.

Gustav Kleinefeld

Lübeckerstraße 30 Weinbergstraße 45

Wegen vorgerückter Saison verkaufe ich

große Posten braune und rote Schuhwaren

zu bedeutend billigen Preisen.

Ferner empfehle ich mein reichhaltiges Lager in allen Sorten

Herren-, Damen- u. Kinder-Schuhwaren

von den billigsten bis zu den feinsten. 209

Solide Ware! Billige Preise!

Genossen, Arbeiter u. Arbeiterinnen!

Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Inserate in **heutiger** Nummer! . . .

Sohlleder-Ausschnitt

sowie sämtliche Schuhmacher-Bedarfs-Artikel zu den billigsten Preisen empfiehlt 209

Joseph Kullmann

vormals Röder & Drabandt

25 Jakobsstrasse 25.

Die soziale Revolution

I. Sozialreform u. soziale Revolution. Preis 40 Pfennig.

II. Am Tage nach der sozialen Revolution. Preis 30 Pfennig.

Diese beiden neuesten Broschüren Karl Kautskys empfehlen wir allen weiter strebenden Genossen zur Anschaffung.

Buchhandlung Volksstimme.

Die Erfahrung lehrt, daß schöne Frauen meist hohe Ansprüche an das Aeußere des Mannes stellen. Wollen Sie daher

Glück bei den Frauen

haben, so rate ich Ihnen, äußerst vorsichtig in der Wahl Ihrer Kleider zu sein. — Das Sprichwort „Kleider machen Leute" bewahrheitet sich nirgends so, als im Umgang mit den Frauen. — Das Glück bei Frauen ist Ihnen sicher hold, wenn Sie sich kleiden mit den chicen, hochmodernen und schneidig sitzenden

Mass- und Konfektions-Anzügen

der Firma

Ehrenfried Finke

125 MAGDEBURG Breiteweg 126

Eckladen Schrotdorferstrasse

Sommer-Paletots
Cheviot, Satin, Kammgarn, dunkle und helle Farben
Mk. 35, 30, 25 bis 7.50

Eleg. Jackett-Anzüge
Cheviot, Kammgarn Fischgräten 2c.
M. 39, 35, 30, 25-12.50

J. Brilles
Magdeburg-Neustadt
Lübeckerstr. 20
empfiehlt in größter Auswahl:
Garantiert doppelt gereinigte **Bettfedern,** Pfund 0.45, 0.75, 1.13, 1.75, 2.40 bis 4.50 Mk.
Bettinletts in Kissen und Deckbettbreite, Meter 0.34, 0.48, 0.72, 0.98 bis 1.65 Mk.
Bettbezüge komplett mit zwei Kissen, Satin geblümt, 3,25, 3.75 bis 5.00 Mk.
Bettlaken volle Länge und Breite, fertig genäht, 1.25, 1.48, 1.74 bis 2.10.
Handtücher für Küche in grau und weiß, abgepaßt, Stück 7, 12, 20 bis 98 Pf.
Handtücher für Zimmer in weiß, in Drell, Jacquard und Damast in riesiger Auswahl.
Tischtücher und Servietten in sämtlichen Größen und Qualitäten zu sehr billigen Preisen. 218

Simplicissimus
à 15 Pfg., einzeln käuflich in der **Buchhandlung Volksstimme.**

Kleine noch gute **Drehbank** zu verkaufen Leipzigerstraße 51, part.

---

1 Bettstelle
1 Matratze m. Keil
1 Kleiderschrank
1 Tisch 3506
2 Stühle
Anzahl. 10 Mk.
Abzahlung
wöchentl. 1 Mk.
S. Osswald
Magdeburg 229
Alte Ulrichsstraße 14 I.

Halberstadt.
Mehrere
Klempnergehilfen
sucht 355
Wolfgangs Klempnerei
Bakenstraße 58.

Achtung!
Handwerker
jeden Berufs!
Wascht Eure Hände nur mit dem neuesten, praktischen und billigsten
Hände-
Reinigungsmittel
„Blitzblank"
(Seifensand)
gesetzlich geschützt
à Pfd. 10 Pfg.
Ueberall zu haben oder bei den Vertretern 342
C. Strube
Fürstenufer 19, II.
Fr. Vorreiher
Wd., Mittelstraße 10a

---

11 M. alt. Kn. s. ohne gegens. Verg. abzug. W. Off. u. **A. B. 92** d. Bl.

Viktoria-Theater.
Sonnabend, den 16. August 1902.
Gastspiel des Hrn. Leon Resemann.
Das zweite Gesicht.

Cirkus-Theater.
Sonntag: 374
Große
Specialitäten-Vorstellung.
Dezentes Familien-Programm.
Kleine Preise.

Standesamt.

Magdeburg, 14. August.

Aufgebote: Konsistorial-Sekr. Emil Jaquet mit Helene Regener hier. Herrenkleidermacher Karl Dankert mit Emma Rosenhagen h. Architekt Fritz Epstein in Kassel mit Margarete Meyerstein hier. Schneid. Heinr. Joh. Friedr. Jusepeitis hier mit Anna Elise Marie Knapp in Burg b. M. Schneidermstr. Friedr. Junge mit Pauline Heine in Sommerschenburg. Bäckermeister Christ. Andr. König hier mit Johanne Sophie Franziska Kratzenstein in Quedlinburg. Schutzmann Karl Röber in Buckau mit Hilma Pasenau hier. Werkstattschlosser Oskar Berger mit Martha Hentschel hier. Arb. Vincenz Olejnik mit Martina Kostera in Emersleben.

Eheschließung: Arb. Otto Kind in Neustadt mit Auguste Warnke hier.

Geburten: Rudolf, S. des Hausdieners Otto Ulrich. Meta, T. des Eisenb.-Rangierers Hermann Gerecke. Martha, T. des Postboten Wilhelm Brune. Karli, S. des Kaufmanns Karl Heilmann. Willy, S. des Schlossers Simon Hübner. Willy, S. des Formers Hermann Krause.

Todesfälle: Fritz, S. des Arb. Friedrich Scheffler, 3 J. 10 M. 2 T. Paul Hohlfeld, Schuhmachermeister, 28 J. 8 M. 7 T. Friedrich, unehelich, 1 J. 2 M. 20 T. Wilhelm Hahn, Privatm., 55 J. 2 M. 10 T. Anna geb. Steinhorst, Ww. des Tischlermeisters Herm. Rogaß, 65 J. 1 M. 29 T.

Sudenburg, 14. August.

Aufgebot: Arb. Wilh. Karl Hampe in Magdeburg mit Ida Anna Töpfer hier.

Geburten: Elisabeth, T. des Schlossers Otto Keil. Erich, S. des Eisendrehers Oskar Duscheck.

Todesfälle: Restaurat. Otto Voigt, 39 J. 3 M. 22 T. Otto, S. des verst. Arb. Karl Ruhbaum, 1 J. 2 M. 26 T. Margarete geb. Lübbe, Ehefrau des Arb. Gustav Berner, 24 J. 11 M. 12 T. Helene, T. des Arb. Hermann Bodenstedt, 9 M. 10 T.

Totgeburt: S. des Schmieds Julius Viol.

Buckau, 14. August.

Eheschließung: Dreher Emil Worch mit Ww. Marie Eisfeld geb. Trost.

Geburten: Hertha, T. des Drehers Otto Uebe. Bernhard, S. des Lokomotivheiz. Walter Frost.

Todesfall: Kurt, S. des Schlossers Karl Schumann, 1 J. 1 M. 28 T.

Neustadt, 14. August.

Aufgebote: Arb. Karl Max Wilhelm Ziebke mit Ida Johanne Auguste Schrot. Geschäftsführer Richard Friedrich Sturm mit Anna Emma Marie Ermisch.

Geburten: Irma, T. des Straßenbahnschaffners Aug. Böttger. Frieda und Liesbeth, Zwillinge, des Portiers Hermann Brauns. Hans, S. des Tischlers Otto Rothe. Else, T. des Arb. Wilh. Steffens.

Todesfälle: Emil, S. des Schlossers Ad. Kreutziger, 11 M. 16 T. Ww. Hoffmeister, Marie Justine geb. Kunze, 79 J. 7 M. 25 T. Willy, S. des Arb. Gust. Meseberg, 8 M. 28 T.

Aschersleben.

Eheschließung: Kaufmann Wilhelm Schultz in Jessen mit Ida Maaß hier.

Todesfall: Luise, T. des Postboten Friedrich Wolfram, 5 M. 18 T.

Burg, 13. August.

Geburt: S. des Kutsch. Ernst Krause in Obergütter.

Todesfall: Martha, T. des Arbeiters Karl Stange, 2 M.

Vom 14. August.

Eheschließungen: Kaufm. Heinrich Karl Hermann Brümann mit Juliane Wilhelmine Elise Blumenthal. Fleischermstr. Friedr. Ferdinand Wilhelm Holldorf mit Witwe Stappenbeck, Johanne Karoline Wilhelmine geb. Schüneman, in Magdeburg-Neustadt.

Aufgebot: Töpfer Peter Hermann Ziem mit Elise Emma Drews.

Geburten: S. des Knechts Franz Boldt. T. des Tischlers Karl Roßberg.

Schönebeck.

Aufgebot: Kaufmann Eugen Falkenburg hier mit Karolina Faroczynski in Berlin.

Geburten: Alice, unehelich. Bruno, S. des Produkten-Aufseher Paul Pfeffer. Margarete, unehelich. Frieda, T. des Fabrikarbeiters Udo Stolze. Frieda, T. des Schiffers Jakob Dreier.

Todesfälle: Brauereibesitzer Udo Butz, 46 J. 11 M. 4 T. Ehefrau Emilie Heine geb. Koch, 61 J. 2 M. 25 T. Witwe Laura Böhm geb. Nube aus Gr.-Mühlingen, 5 J. 5 M. 10 T.

Staßfurt.

Aufgebot: Fabrikarbeiter Christian Heinr. Brückner mit Friederike Rothe geb. Scherf.

Geburten: T. des Zuschneiders Franz Maury. S. des Arbeiters Karl Matschke. S. des Bergmanns Wilhelm Pilz. S. des Polizei-Sergeanten Julius Büttner. S. des Schmieds Hermann Dörge.

Todesfälle: Fabrikarbeiter Adolf Winter, 37 J. 8 M. Friedr. Lehmann. 4 M.

Eduard Bernstein.
Zur Frage:
Sozialliberalismus
oder
Kollektivismus?
Preis 50 Pf. Preis 50 Pf.
Zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme.

Schuhwaren! 044
Billig! Billig!
Herren- u. Damenstiefel, Stiefeletten, Turn-, Straud- u. Kinderschuhe, Pantoffeln, auch aus Konkursmassen stamm. Waren
Nur Neustadt, Schmidtstr. 44.

Fleisch-Offerte!
Offeriere heute Sonnabend:
ff. Kalbfleisch
à Pfd. 45, 50, 55 und 60 Pf.
Ia. Schweinefleisch
à Pfd. 50, 60, 65, 68, 70 Pf.
Ia. Rindfleisch
à Pfd. 50, 55, 60, 65, 70 Pf.
Richard Bosse
41 Jakobsstraße 41.

Drehbank (Patronenbank) mit vollst. Zubeh. und Werkzeug billig zu verkaufen bei
E. Queer, Fermersleben
93 Wilhelmstraße 13.

Was muß man
von der
Wetterkunde
— (Meteorologie) —
wissen?
Allgemeinverständlich dargestellt von
Dr. J. v. Halen.
Preis 1 Mk.
Zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme
sowie bei sämtlichen Kolporteuren.

Empfehle 276
Wurst u. Fleisch
zu bekannt billigen Preisen.
Brüggemann, Fürstenstr. 18.

W. Korte, Halberstadt
Bakenstraße 47
Roßschlächterei
209 mit Dampfbetrieb
Restauration u. Speisewirtschaft
ff. Speisen und Getränke.

Lenaus
Werke
(Gedichte und sämtliche Werke)
in verschiedenen Ausgaben
ständig vorrätig in der
Buchhandlung Volksstimme.

Konkurswaren-Ausverkauf.
Die aus der Konkursmasse der Firma
H. Heim
herrührenden Warenbestände, bestehend in fertigen **Herren- und Knaben-Garderoben,** sowie ein **großer Posten Stoffe** sollen in kurzer Zeit zu **staunend billigen,** streng festen Preisen im Geschäftslokal, **Breiteweg 182,** ausverkauft werden. 354
Verkaufszeit von morgens 8—1 Uhr, nachmittags ½3—8 Uhr. Auch **Sonntags** geöffnet.

Leder-Ausschnitt 209
sowie **Leisten** und **Schuhmacher-Bedarfsartikel** kaufen Sie am besten und billigsten bei
Meyer Michaelis, Gr. Marktstraße 8.

Durch fortwährende Steigerung der Viehpreise sehen wir uns genötigt, unsere Fleischpreise zu erhöhen.
96 **Sämtliche Fleischermeister Buckaus.**

Total-Ausverkauf
wegen gänzlicher Geschäftsauflösung.
Sämtliche Manufaktur-, Seide-, Leinen- u. Aussteuer-Artikel, Bettfedern, Teppiche, Gardinen, fertige Wäsche usw.
Herren-Jacketts und Rock-Anzüge, Hosen, Jacketts und Westen habe ich aus reinwollenen Buckskins anfertigen lassen, ebenso **Jünglings- und Knaben-Anzüge, Schul-Anzüge. Normal-Hemden und -Hosen usw.**
Verkauf zu noch nie dagewesenen billigen Preisen.
Beachten Sie gefl. in Ihrem Interesse die Schaufenster.
Julius Jacoby
47 Jakobsstraße 47. 373

Oeffentliche
Kupferschmiede-Versammlung
Sonntag, den 17. August, vorm. 11 Uhr
bei Hrn. G. Böhme, Kl. Klosterstr. 15/16.
Tages-Ordnung:
1. Die wirtschaftliche Krise und deren Einwirkung auf die Gewerkschaftsorganisationen.
2. Die Mißstände in den Betrieben und wie sind dieselben zu beseitigen? 367
3. Verschiedenes.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Einberufer.**

Central-Verband der deutsch. Böttcher
Filiale Magdeburg.
Mitglieder-Versammlung
Sonnabend, den 16. August 1902, abends 8 Uhr
im Lokale des Herrn Prantsch, Faßlochsberg 9.
Tages-Ordnung:
1. Die Religion und ihre Entwicklung. 95
Referent: Redakteur Genosse Marckwald.
2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen zu dieser Versammlung erwartet **Der Vorstand.**

Halberstadt.
Central-Verband d. Maurer Deutschlands
Zweigverein Halberstadt.
Sonnabend, den 16. August 1902, abends 8 Uhr
findet im **„Odeum"** unser 372
Sommerfest
statt, bestehend in
Konzert, komischen Vorträgen u. Ball.
Hierzu werden sämtliche Gewerkschaften eingeladen.
Das Komitee.

Schönebeck. Stadtpark. Schönebeck.
Am **Sonntag, den 17. August,** findet in sämtlichen Räumen des **„Stadtpark"** das diesjährige
Sommer-Fest
sämtl. Gewerkschaften von Schönebeck u. Umgegend
statt, bestehend in
Konzert, Gesangs- u. Radfahrer-Aufführungen, Kinderfest u. Ball.
Anfang nachmittags 3½ Uhr.
Programme, à 15 Pfennig, und **Geschenkteilnehmerkarten** für Kinder, à 5 Pfennig, sind zu haben bei sämtlichen Kartelldelegierten, Bevollmächtigten und Unterkassierern der Gewerkschaften, sowie auch bei den Austrägern der „Volksstimme", bei Haack im „Bürgerhause", Breiteweg 57, Restaurant Ehlert, Königstr. 16, Restaurant Bienert, Königstr. 13, Restaurant Wiese, Gr.-Salze, Starkulla, Barbier u. Friseur, Böttcherstr. 6, Korsei, Barbier und Friseur, Friedrichstraße 13.
330 **Das Gewerkschafts-Kartell.**